

Bachelorarbeit

Cities in Conflict - Neue Konflikte und Lösungsmöglichkeiten

Zwischen moralischer Empörung und gezieltem Aktionismus:
Inwiefern können systemkritische Bewegungen wie das Bündnis Recht auf
Stadt in Hamburg die lokale Stadtentwicklung beeinflussen?

Betreuer: Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling M.A.
M. A. Claire Duvernet

Arbeitsbereich: Stadtplanung und Regionalentwicklung

Verfasser: Nils Polzin, 6002467

Abgabe: 14.01.2015

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung:	2
1.1 Aufbau der Arbeit, methodisches Vorgehen und Stand der Forschung	3
1.2 Fragestellung und Forschungsinteresse	5
1.3 Kurze Vorstellung des Recht-auf-Stadt-Netzwerks in Hamburg	7
2. Analyse:	8
2.1 Aktualität des Städtischen bzw. der Stadtpolitik	8
2.2 Phasenmodell der Entwicklung städtischer Protestbewegungen:.....	10
2.3 Die Stadt als Austragungsort städtischer und gesellschaftlicher Konflikte:	15
2.4 Der Begriff >>Recht auf Stadt<<	18
2.4.1 Das >>Recht auf Stadt<< nach Lefebvre	18
2.4.2 Das >>Recht auf Stadt<< in dem Verständnis der deutschen Recht-auf-Stadt- Netzwerke	21
2.5 Die praktische Umsetzung des >>Recht[s] auf Stadt<< in Hamburg	24
2.5.1 Die Methodik der Wunschproduktion:	26
2.5.2 Fallbeispiele	27
2.5.2.1 Park Fiction	27
2.5.2.2 Rindermarkthalle	32
2.5.2.3 PlanBude.....	36
2.6 Weitere Interviewauswertung	37
2.6.1. Methodik.....	38
2.6.2 Erfolge.....	39
2.6.3 Netzwerk	42
2.6.4 Kooperation mit Behörden	46
2.6.5 Repräsentation	49
3. Reflexion, Ausblick und Fazit	50
Literaturverzeichnis	53
Abbildungsverzeichnis	57

1. Einführung:

Themen wie drastisch steigende Mieten, verbunden mit dem Schlagwort Gentrifizierung, die Frage nach Freiräumen für Künstler, die Erhaltung von Grünflächen, Belange, die Miet-, Wohnraum und Leerstand betreffen und generelle Ansprüche an demokratische Partizipation und Aneignung städtischer Räume beschäftigen seit mehreren Jahren zahlreiche Initiativen in Hamburg. Das Netzwerk >>Recht auf Stadt<< vereinigt viele dieser Initiativen und Organisationen in Hamburg.

All dies findet in einem Zeitraum statt, in dem sich nicht nur soziale Bewegungen zu konkreten Fragen der Stadtentwicklung äußern, sondern sich in einem viel größeren Kontext international agierende Netzwerke, wie beispielsweise das Occupy-Netzwerk herausgebildet haben, die das gesamte System des Kapitalismus bzw. konkreter „de[n] Prozess der Neoliberalisierung“¹ hinterfragen und verurteilen. Abseits der Kapitalismuskritik werden politische Regime herausgefordert, bezieht man sich hierbei auf den so genannten >>arabischen Frühling>>: „Der arabische Frühling von Tunis bis Kairo, verbunden mit den demonstrativen „Tagen des Zorns“ und dem Kampf um zivilen Raum und freie Öffentlichkeit“².

Diesen Demonstrationen, Protesten und Initiativen liegen zahlreiche Ursachen zu Grunde. In Bezug auf die Demonstrationen des arabischen Frühlings im Jahr 2010 waren vor allem Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, Armut, Unterdrückung, Korruption, fehlende politische Partizipation des Volkes, steigende Nahrungs- und Energiepreise ausschlaggebend. Die Occupy-Bewegung reagiert vor allem auf die Finanzkrise der Jahre 2007-2009 und kritisiert die Spekulationen und Deregulierungen im Finanz- und Immobiliensektor und die damit verbundenen Zwangsenteignungen.

Die Internationalisierung der Finanz- und Immobilienmärkte begünstigte die globale Banken- und Staatskrise. Zudem ist in pulsierenden Metropolregionen der Immobilienmarkt ein sehr attraktiver Markt für internationale und nationale Investoren. Vor allem zentrale Lagen und Stadtquartiere mit hohen Renditeaussichten sind stark von Transformationsprozessen betroffen. Hinzu kommen Aspekte wie die zunehmende Privatisierung und Kontrolle öffentlicher Flächen und der Verlust von Belegungs- und Mietpreisbindungen in deutschen Städten. Soziale Segregation und im schlimmsten Fall soziale Exklusion sind die Folgen. Die

¹ vgl. Margit Mayer: Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt, 2013, S.157, s u b \ u r b a n 2013, Heft 1

² vgl. „Kontrolle öffentlicher Räume“, 2013, S.23

räumlich manifestierten Folgen dieser Marktmechanismen sind maßgeblich an dem Aufkeimen zahlreicher urbaner Bewegungen beteiligt.

In meiner Thesis möchte ich mich schwerpunktmäßig mit dem Bündnis >>Recht auf Stadt<< in Hamburg beschäftigen. Überwiegend interessieren mich dabei die Hintergründe, Motive und Wirkungsweisen dieses Bündnisses und aus diesem Interesse und der Besonderheit, dass unterschiedliche Initiativen in dieses Netzwerk integriert wurden, deren repräsentative Wahrnehmung von Interessen und der Einfluss auf die lokale Stadtentwicklung und deren Vorbildfunktion in anderen Städten. Ausformuliert lautet meine Fragestellung wie folgt:

Zwischen moralischer Empörung und gezieltem Aktionismus: Inwiefern können systemkritische Bewegungen wie das Bündnis Recht auf Stadt in Hamburg die lokale Stadtentwicklung beeinflussen?

1.1 Aufbau der Arbeit, methodisches Vorgehen und Stand der Forschung

Im Verlauf dieser Arbeit wird nach einer kurzen Einführung in das Themenfeld „Cities in Conflict“- Neue Konflikte und Lösungsstrategien, eine Herleitung und Erläuterung der Fragestellung vorgenommen. Dabei sollen vor allem das eigene Forschungsinteresse und in dieser Beziehung der Untersuchungsraum Hamburg vorgestellt werden.

Nach einer Einführung über die Entwicklung städtischer Protestbewegungen und deren „Mottos“ und Ziele wird die Arbeit fortgeführt mit einem kurzen Abschnitt über „die Stadt als Austragungsort städtischer Protestbewegungen“, welcher vor allem verdeutlichen soll, dass die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und der Prozess der zunehmenden Verstädterung in Zukunft das Aufkeimen weiterer Proteste und Konflikte fördern werden. Schließlich wird der Begriff >>Recht auf Stadt<< nach Lefebvres behandelt. Im Hauptteil wird der Begriff beziehungsweise der Ausspruch >>Recht auf Stadt<< nach Lefebvres erläutert und dabei untersucht, inwieweit sich dieses Verständnis mit den Ausführungen und dem Selbstverständnis der Recht-auf-Stadt-Bewegung in Hamburg, aber auch dem im Ruhrgebiet deckt und wie es sich weiterentwickelt hat. Nach dem theoretischen Teil widmet sich die Arbeit der Praxis des Recht-auf-Stadt-Netzwerks in Hamburg und veranschaulicht diese anhand zweier Fallbeispiele, einerseits dem Planungsprozess rund um Park Fiction, der zwar vor dem offiziellen Bestehen der Recht-auf-Stadt-Bewegung durchgeführt wurde, dafür aber maßgeblich und entscheidend für die Entwicklung methodischer Werkzeuge verantwortlich war und andererseits dem hochaktuellen Beispiel der PlanBude im Stadtteil

St. Pauli. Vor der Vorstellung der Fallbeispiele wird zunächst eine Erläuterung der Methode der „Wunschproduktion“ erfolgen. Sie wurde zur zentralen Methode für alternative Planungsprozesse.

Anschließend soll das Verhältnis der einzelnen Recht-auf-Stadt-Bewegungen in Deutschland, stellvertretend anhand von Interviewaussagen der Recht-auf-Stadt Bewegungen in Hamburg und im Ruhrgebiet, dargestellt werden. Im Anschluss folgt ein kleines Resümee nach fünf Jahren Recht-auf-Stadt in Hamburg in Anlehnung an das Interview mit Nils Boeing.

Im Schlussteil sollen die Forschungsergebnisse im Rückbezug zur Fragestellung, meiner Methodik und meines Forschungsinteresses bewertet und reflektiert werden.

Die theoretischen Annäherungen an städtische Protestbewegungen und den Begriff >>Recht auf Stadt>> werden in einem ersten Schritt mit Literatur unterfüttert und durch Aussagen aus den Interviews ergänzt. Unter anderem werden Ausführungen von Margit Mayer, Professorin für Politikwissenschaft am OSI³ und JFK⁴-Institut der Freien Universität Berlin, genutzt, denn sie setzt sich seit Jahrzehnten mit städtischen Konfliktfeldern und sozialen Bewegungen auseinander.

Der zweite Part der Analyse soll einen Bezug zur Praxis des Recht-auf-Stadt-Netzwerkes beziehungsweise der Recht-auf-Stadt-Bewegungen herstellen und dabei mit Hilfe qualitativer Interviews deren methodisches Vorgehen und deren Wirkungsweisen herausstellen. Insgesamt wurden fünf Interviews geführt, vier davon persönlich und eins schriftlich via E-Mail. Drei Interviews, darunter auch das schriftliche Interview, wurden mit aktiven Mitgliedern der Recht-auf-Stadt-Bewegungen geführt und weitere zwei, eins davon mit einem Mitarbeiter und eins mit dem Oberbaudirektor der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Hamburg. Bewusst sollten auch Stimmen der Behörden eingeholt werden, die einerseits mit dem Bündnis Recht-auf-Stadt in Hamburg vertraut sind und andererseits demselben beziehungsweise einzelnen Initiativen des Bündnisses in Planungsprozessen begegnet sind. Somit können in kleinem Rahmen verschiedene Sichtweisen abgebildet werden. Leider war es nur schwer möglich Interviewpartner zu finden, die alle an den gleichen Planungsprozessen zur selben Zeit teilgenommen haben. Und wenn es so war, waren den Interviewten nicht mehr alle Details erinnerlich. Zudem kann nur ein kleiner Teil des Bündnisses und ihres so weiten Aktionsfeldes dargestellt werden, denn es sind über 65 unterschiedliche Initiativen, vom „bürgerlichen Kleingärtner“ bis zum „linksorientierten Besetzer“ der roten Flora, die in diesem Bündnis mal mehr, mal weniger aktiv sind. Trotzdem

³ Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft in Berlin

⁴ John-F.-Kennedy-Institut, Berlin

ist das qualitative Interview in diesem Zusammenhang und in Bezug auf die kurze Forschungszeit ein gutes methodisches Mittel, um einen Zugang zum Forschungsfeld zu bekommen.

Insgesamt basiert die Kernmethodik neben den qualitativen Interviews auf der Literaturrecherche.

Es gibt zahlreiche Literatur zu Protestbewegungen, wobei sich viele dieser „neuen“ Proteste auf die Occupy-Bewegung und den arabischen Frühling bzw. national auf die Schlagwörter „Wutbürger“ und „neue Partizipationsmöglichkeiten“ beziehen. In der Forschung, die sich vorwiegend auf urbane soziale Bewegungen konzentriert, treten drei Namen immer wieder auf. Margit Mayer ist Professorin für Politikwissenschaft am OSI und JFK-Institut der Freien Universität Berlin und forscht zur neoliberaler Stadtpolitik und städtischen sozialen Bewegungen. Andrej Holm forscht und lehrt am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und ist in verschiedenen stadtpolitischen Initiativen aktiv. Hinzu kommt David Harvey, Sozialwissenschaftler und Geograf, welcher in Oxford, an der Johns Hopkins University in Baltimore und an der London School of Economics lehrte. Er widmet sich überwiegend Fragen räumlicher sowie sozialer Auswirkungen und Folgen von Kapitalakkumulierung, dem Entstehen von Klassenkämpfen und urbanen Protestbewegungen. Darüber hinaus gibt es noch weitere Autoren, mit denen ich mich in meiner Arbeit beschäftigen werde.

1.2 Fragestellung und Forschungsinteresse

Der übergeordnete Themenkomplex „Cities in Conflict – Neue Konflikte und Lösungsmöglichkeiten“ eignet sich als allgemeiner Impuls für die weitere Entwicklung und Konkretisierung der Fragestellung auf räumlich lokaler Ebene. In dem Fall dieser Arbeit ist die räumliche Ebene die Stadt Hamburg und das Konfliktfeld ergibt sich aus der Auseinandersetzung des Bündnisses Recht-auf-Stadt-Hamburg mit Themen und Akteuren der Stadtentwicklung und der Stadtplanung. Das Bündnis besteht seit fünf Jahren und ist immer noch auf verschiedenen Stadtebenen aktiv und versucht mit alternativen Planungspraktiken die lokale Stadtentwicklung zu beeinflussen beziehungsweise auf städtisch-gesellschaftliche Misstände aufmerksam zu machen. Die sozialen Verflechtungen des Bündnisses reichen sogar noch weiter zurück, aber grundsätzlich beziehen sich die Konflikte auf städtische und gesellschaftliche Entwicklungen der letzten 10 Jahre. Da vor allem untersucht werden soll, inwieweit Initiativen dieses Bündnisses die lokale

Stadtentwicklung beeinflussen können, mit dem Schwerpunkt auf das „wie“, also den methodischen Aspekt, werden Themenaspekte wie zum Beispiel die Flüchtlingspolitik, auf die sich Teile der Initiativen beziehen, sowie gesamtgesellschaftliche Themen gar nicht oder nur am Rande behandelt. Was konkret mit dem Begriff der Stadtentwicklung in dieser Arbeit gemeint ist, wird im nächsten Abschnitt behandelt.

Das Forschungsinteresse liegt vor allem darin die Wirkungsweisen dieses Bündnisses näher kennenzulernen. Diese waren zwar vorher bekannt, jedoch konnte nie genau eingeschätzt werden für was dieses Bündnis in Hamburg steht und welche Erfolge die Bündnisteilnehmer vielleicht schon erzielt haben und worin die Motivationen für die jeweiligen Proteste liegen. Zudem scheint es so, dass das Bündnis mittlerweile als etablierter Akteur im öffentlichen Diskurs wahrgenommen wird.

Definition von Stadtentwicklung:

In einem kurzen Abschnitt soll der Versuch unternommen werden, den in dieser Arbeit oft verwendeten Begriff der „Stadtentwicklung“ insbesondere hinsichtlich der Fragestellung näher zu definieren. Dabei geht es nicht um eine generelle Definition, sondern vielmehr um das Verständnis von Stadtentwicklung in dem Untersuchungskontext. Insgesamt ist es ein eher engeres Verständnis von Stadtentwicklung.

Es geht um die stadtpolitischen, stadtplanerischen Entscheidungen, die getroffen werden und unmittelbare oder auch langfristige Folgen für den physischen und sozialen Raum der Stadt haben. Überwiegend sind es Entscheidungen, die auf den Betrachtungsebenen des Stadtquartiers, des Straßenzugs, des einzelnen Grundstücks wirken. Städtebauliche Vorhaben, welche überwiegend durch die Stadt, im Falle Hamburgs also durch den Senat, die Bürgerschaft, die Fachbehörden geplant und gesteuert werden. Initiatoren für Vorhaben der Stadtentwicklung können die städtischen Institutionen sein und private Investoren. In dieser Arbeit ist es ein stark reduziertes, vorhabenbezogenes Verständnis von Stadtentwicklung.

Wenn es, bezogen auf meine Fragestellung, darum geht, wie städtische Protestbewegungen Stadtentwicklung beeinflussen, dann geht es um den Eingriff in Planungen und Steuerungen der städtischen und privaten Institutionen.

Auch wenn sich das Bündnis gesellschaftspolitischen Themen, wie beispielsweise der Flüchtlingspolitik widmet, so sollen diese Fragen in der Arbeit, außer beim Verständnis von Recht-auf-Stadt, nicht näher behandelt werden.

1.3 Kurze Vorstellung des Recht-auf-Stadt-Netzwerks in Hamburg

„Wir sagen: Eine Stadt ist keine Marke. Eine Stadt ist auch kein Unternehmen. Eine Stadt ist ein Gemeinwesen. Wir stellen die soziale Frage, die in den Städten heute auch eine Frage von Territorialkämpfen ist. Es geht darum, Orte zu erobern und zu verteidigen, die das Leben in dieser Stadt auch für die lebenswert machen, die nicht zur Zielgruppe der „Wachsenden Stadt“ gehören. Wir nehmen uns das Recht auf Stadt – mit all den Bewohnerinnen und Bewohnern Hamburgs, die sich weigern, Standortfaktor zu sein.“⁵

Dieser Auszug stammt aus einem Manifest, das die Recht-auf-Stadt-Bewegung in Hamburg Ende Oktober 2009 verfasst hat. Mittlerweile haben sich über 65 unterschiedliche Initiativen zu diesem Bündnis zusammengeschlossen und fordern gemeinsam eine sozial gerechtere Stadtentwicklung bzw. Lokalpolitik, die sich Themen wie drastisch steigenden Mieten, verbunden mit dem Schlagwort Gentrifizierung, der Frage nach Freiräumen für Künstler, der Erhaltung von Grünflächen, Belangen, die Miet-, Wohnraum und Leerstand betreffen und generellen Ansprüchen an demokratische Partizipation und Aneignung städtischer Räume annimmt.

Das Netzwerk Recht auf Stadt hat in den Jahren 2008 und 2009 erstmals richtig Form angenommen. Aufgrund steigender Mieten in so genannten Szene-Stadtteilen wie St. Pauli oder Sternschanze gründete sich aus einer Vorbereitungsgruppe eines Straßenfestes in St. Pauli im April 2008 das Aktionsnetzwerk gegen Gentrification: „Es regnet Kaviar“. Gleichzeitig wurde das Centro Sociale, ein autonomer Nachbarschaftstreff im Schanzenviertel, gegründet. Hinzu kam die Verbreitung und öffentliche Vorführung des Dokumentarfilms „Empire St. Pauli“, der die aktuellen städtischen Entwicklungen im Stadtteil beleuchtete. Am 12. Juni 2009 folgte eine Demonstration unter dem Motto: Die Stadt gehört allen!“, an der rund 1.500 Menschen teilnahmen. Hausbesetzungen im so genannten Gängeviertel, Proteste gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in der Bernhard-Nocht-Straße, den Abriss des Frappant Gebäudes, in dem viele Künstler bezahlbare Arbeitsräume und Ausstellungsflächen zur Verfügung hatten und den geplanten Bau der Ikea-Filiale in Altona sorgten für das Aufkeimen weiterer Initiativen. „Die verschiedenen Initiativen hatten relativ früh mit der Vernetzung begonnen. Für den 15. September [2009] lud ein kleiner Vorbereitungskreis [...] zu einem Treffen in das Centro

⁵ Auszug aus dem Manifest „Not in our name – Marke Hamburg“, unter : <http://nionhh.wordpress.com/about/> - abgerufen am 19.09.2014

Sociale ein. 120 Menschen aus über 16 Initiativen gründeten an diesem Abend das Netzwerk Recht auf Stadt.“⁶

2. Analyse:

2.1 Aktualität des Städtischen bzw. der Stadtpolitik

Städte in der Denkrichtung des Neoliberalismus sind darauf angewiesen neue Einwohner, Unternehmen und Kapital anzuwerben, um ihr zukünftiges wirtschaftliches Wachstum zu garantieren, städtische Infrastrukturen auszulasten und neue Investitionen zu tätigen. Dabei versucht das Stadtmarketing mit der Organisation möglichst vieler lokaler, wie internationaler Veranstaltungen medial auf ihre Stadt aufmerksam zu machen. Die Stadt wird als Marke präsentiert und mit dieser wird geworben -eine so genannte Branding-Strategie. Laut Mayer Formen von Standortpolitik [...], [die] allesamt primär darauf ausgerichtet [sind], den städtischen Raum für (uneingeschränktes) Wachstum zu mobilisieren.⁷ Hinzu kommen spekulative Investitionsprojekte und die Bewerbung für Groß-Events wie Olympiaden, Weltmeisterschaften, Garten-Shows und Bauausstellungen. Fremdkapital wird außerdem für Stadtentwicklung eingesetzt: „globalen Developern und internationalen Investoren [kommt] eine wachsende Rolle zu: Zunehmend sind sie es bzw. ihr in die Aufwertung alter und neuer städtische Zentren fließendes Kapital, die die städtische Umwelt prägen.“⁸ Privatisierungen im öffentlichen Sektor, Rückgang von Investitionen in soziale Einrichtungen, Limitierung von öffentlichem Raum durch Zugangsbeschränkungen oder Verteuerungen und Rückgang von Flächen für Künstler und Kleingewerbe in innerstädtischen Lagen sind unter anderem Folgen von Deregulierung und internationalen Investitionsmechanismen. Hinzu kommt ein wachsendes Gefälle zwischen wirtschaftlich gut aufgestellten Städten und Regionen und solchen, die um jeden Einwohner bangen. Meist sind es eher ländliche Regionen, die vor allem junge Bevölkerungsschichten an florierende Großstädte verlieren, da diese ein viel ausdifferenzierteres Angebot an Arbeitsmöglichkeiten und Bildungseinrichtungen aufweisen. Kleinstädte und ländliche Regionen haben infolgedessen mit erheblichen Haushaltseinbußen zu kämpfen und müssen mit gravierenden Einschnitten in der Daseinsvorsorge reagieren. Drastisch steigende Mieten, der Verlust von Miet- und Sozialbindungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau und der verhältnismäßig geringe Anteil an Neubauten im öffentlich geförderten Wohnungsbau verstärken auch in Großstädten Tendenzen von

⁶ Füllner J., Templin D. (2011): Stadtplanung von unten – Die >>Recht auf Stadt<< Bewegung in Hamburg, S. 81

⁷ vgl. Margit Mayer: Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt, 2013, S.159

⁸ vgl. ebd., S. 160

sozialräumlicher Polarisierung: „In den „Problemvierteln“ werden Quartiers- und Revitalisierungsprogramme (wie Soziale Stadt), die unterstellte Abwärtsspiralen aufhalten sollten, zunehmend ersetzt durch unverblühte Verdrängungsstrategien, die untere Einkommensgruppen aus den Stadtzentren hinaus in immer entferntere Peripherien abschieben.“⁹

Laut Holm und Lebuhn¹⁰ haben sich trotz der Festlegung von Programmgebieten der Sozialen Stadt in Berlin, sozialstrukturelle Merkmale von bestimmten Stadtquartieren grundsätzlich nicht geändert. Dabei beziehen sie ihre Daten aus dem Programm Soziale Stadt der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin¹¹ und dem Mikrozensus des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg.¹² Mit 23 von 34 Gebieten konzentriert sich die räumliche Struktur der Berliner Programmgebiete auf innerstädtische Wohnquartiere in Neukölln, Kreuzberg und Wedding. „Diese Quartiere weisen trotz einer verstärkten Randwanderung ärmerer Haushalte auch zehn Jahre nach der Festlegung der ersten [Quartiersmanagementgebiete] die höchste Konzentration von transferabhängigen Haushalten auf (SenStadtUm 2011).“¹³ Bezogen auf den Mikrozensus 2011 liegen laut Holm und Lebuhn die Einkommen deutlich unter den durchschnittlichen Werten in Berlin und die Anteile von Arbeitslosen deutlich über den durchschnittlichen Werten.¹⁴ Hinzu kommen Mietpreissteigerungen, die sich auf fast alle Segmente des Wohnungsmarktes auswirken und dabei sind „in den bisherigen Niedrigpreisgebieten der Westberliner Innenstadtbezirke die höchsten Mietsteigerungsraten zu beobachten.“¹⁵ Haushalte mit geringen Einkommen würden bei schon bestehenden Mietbelastungen „drohende Mietsteigerungen zu Recht als Verdrängungsdruck“¹⁶ wahrnehmen. Als Reaktion auf diese Entwicklungen haben sich in Kreuzberg und Neukölln in den letzten Jahren über 20 Stadtteil- und Mieterinitiativen gegründet. Dabei sind „die Themen der MieterInnen- und Stadtteilinitiativen relativ vielfältig und die Mobilisierungen beziehen sich auf unmittelbare Auseinandersetzungen um Modernisierungspläne von HauseigentümerInnen, der Umwandlung in Eigentumswohnungen und der Ausbreitung von Ferienwohnungsangeboten in Wohngebäuden, ebenso wie auch auf wohnungspolitische Auseinandersetzungen um die Folgen des Ausstiegs aus der

⁹ vgl. ebd.

¹⁰ Holm, A./Lebuhn, H. (2014): Die Stadt politisieren - Fragmentierung, Kohärenz und soziale Bewegungen in der >>Sozialen Stadt<<, S.198

¹¹ SenStadt (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) (2005), Soziale Stadt. Strategische Neuausrichtung des Berliner Quartiersmanagements, Berlin

¹² Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2012), Mikrozensus 2011, Berlin

¹³ Holm, A./Lebuhn, H. (2014), a.a.O., S.199

¹⁴ vgl. ebd.

¹⁵ vgl. ebd.

¹⁶ vgl. ebd., S.200

Anschlussförderung im Sozialen Wohnungsbau, die Privatisierungsfolgen oder die Umsetzungspraxis der Wohnkostenübernahme im Rahmen sozialer Transferleistungen.“¹⁷

Grundsätzlich sind die Ursachen für die Entstehung ebenso wie die Themen der sozialen und städtischen Protestbewegungen vielfältig. Im nächsten Abschnitt soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung städtischer Protestbewegungen gegeben werden um die unterschiedlichen Bezüge, Ursachen und Parolen darzustellen.

2.2 Phasenmodell der Entwicklung städtischer Protestbewegungen:

Protestbewegungen in Städten sind kein neues Phänomen, jedoch sind die Ansätze und Zielsetzungen der Bewegungen ganz unterschiedlich, bezogen auf den jeweiligen zeitgeschichtlichen, politischen und wirtschaftlichen Kontext. In einem ersten Schritt soll, angelehnt an das „Phasenmodell der Entwicklung städtische Bewegungen“¹⁸, ein Überblick über die Anlässe und Ausprägungen der jeweiligen städtischen Bewegungen seit dem Fordismus¹⁹ gegeben werden, um dann in einem nächsten Schritt das „Neue“ der gegenwärtigen Recht-auf-Stadt-Bewegungen zu identifizieren. Im Fokus stehen hier die europäisch-nordamerikanischen Regionen.

In den 1960er Jahren reagierten die Bewegungen auf die Krise des Fordismus in Form von Wohnungskämpfen, Mietstreiks und Mobilisierungen gegen Sanierungsprogramme. Die Bewegungen in Europa setzten sich vor allem aus Jugendlichen, Studierenden und Migranten zusammen, während in den USA überwiegend Afro-Amerikaner die Proteste anführten. Mottos wie „Nehmen wir uns die Stadt!“, „Wir wollen alles!“ oder „Power to the People!“ kamen auf. Im Zentrum stand die Herausforderung autoritärer Strukturen, auf sämtlichen gesellschaftlichen Ebenen: „[...] die Kämpfe zentrierten sich um öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen, sie hinterfragten sowohl die kulturellen Normen als auch den Preis und die Qualität der öffentlichen Einrichtungen; sie forderten nicht nur verbesserte Einrichtungen des kollektiven Konsums, sondern auch stärkere Beteiligung an den Entscheidungen über deren Gestaltung.“²⁰ Alternative Projekte wurden in zahlreichen sozialen Einrichtungen aufgezogen und integriert. Den Bewegungen in den 1960er und 70er

¹⁷ vgl. ebd.

¹⁸ vgl. MAYER, MARGIT (2011), S. 54

¹⁹ „von H. Ford eingeführtes Herstellungsprinzip und die auf ihn zurückgehende Produktionsweise. Merkmale sind Massenproduktion, Fließproduktion, ein hohes Maß an Standardisierung, große Fertigungstiefe und vertikale Integration sowie die Produktion für den Massenkonsum.“ Zeitlich zwischen den 1920er und 1970er Jahren einzuordnen. (Gabler Wirtschaftslexikon, unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/fordismus.html> -abgerufen am 31.12.2014

²⁰ vgl. ebd., S. 56

Jahren ist es nicht erfolgreich gelungen jugendliche Aktivisten sowie materiell und ökonomisch Benachteiligte zusammenzubringen.

Die Austeritätspolitik²¹ der 1980er Jahre und der Abbau kollektiver und sozialer Institutionen waren Anlässe für weitere Protestwellen. „Wachsende Arbeitslosigkeit und Armut, „neue“ Wohnungsnot, Aufstände in Sozialwohnungsgebieten und neue Besetzergenerationen veränderten die Zusammensetzung städtischer Bewegungen“²² Aufgrund finanziell strenger Haushaltspläne waren die lokalen Verwaltungen offen im Dialog mit Bürgern und infolgedessen kam es zu Kooperationen: „[...]immer mehr Bewegungsorganisationen gingen angetrieben von einer neuen Generation umfassender Programme zur städtischen Revitalisierung – vom Protest zum Programm über.“²³ Dieses kooperative Verhältnis spaltete aber auch in kooperationswillige und eher radikale Bewegungen. Hinzu kamen Bewegungen aus der Mittelklasse, die häufig aus ökologischer Perspektive ihren städtischen Lebensraum bewahren wollten. Zudem entstanden aber auch Splittergruppen, die reaktionäre oder fremdenfeindliche Forderungen stellten. Eine breite Bewegung, die viele verschiedene Teilbewegungen mit einschließt, gab es in dem Sinne nicht.

Die Politik der 1990er Jahre reagierte auf die Auswirkungen der Sparpolitik des letzten Jahrzehnts mit Programmen der Stadtteilerneuerung, der Förderung neuer Institutionen und Formen sozialer Leistungen, wie etwa die integrierte Quartiersentwicklung, öffentlich-private Partnerschaften und bürgerschaftliches Engagement.²⁴ Was zunächst durchweg positiv klingt, sollte in erster Linie die Standortfaktoren der Stadt verbessern bzw. die neu geschaffenen oder verbesserten Institutionen selbst zu entwickeln. Hinzu kommen neue Reformdiskurse, die die gleichen Probleme mit anderen Begriffen besetzten, an der eigentlichen Problematik laut Mayer aber nicht viel ändern: „Statt Armut wird nun *soziale Ausschließung* bzw. *Exklusion* bekämpft, die *Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat* sei zu beenden, Programmen der *Stadtteilerneuerung* und der Mobilisierung von *Sozialkapital* kommen dabei wichtige Rollen zu.“²⁵ Auf der Ebene der Bewegungen kommt vermehrt die Frage auf, wem die Stadt gehöre und Proteste gegen Gentrifizierung mobilisieren sich in New York, Paris, Amsterdam und Berlin, später auch in Istanbul und Zagreb. Die Bewegung „Reclaim the Streets“ entsteht und Mottos wie „Eine andere Welt ist möglich“, „Eine andere Stadt ist möglich!“ tauchen auf.

²¹ Eine staatliche Haushaltspolitik, die durch Sparprogramme weitere Neuverschuldungen verhindern soll.

²² vgl. ebd., S.57

²³ vgl. ebd., S.57

²⁴ vgl. ebd., S. 58

²⁵ vgl. ebd.

Der Dot.com-Crash im Jahre 2001 symbolisiert für Mayer den „Höhepunkt und zugleich [den] Beginn der Krise des Neoliberalismus“²⁶ und leitet eine neue Phase ein, die vor allem durch die Integration der globalen Finanzmärkte in lokale und internationale Immobilienmärkte geprägt ist. Immobilien fungieren dabei als hochrentable Anlageformen in dicht besiedelten Städten und Metropolen. Sozialräumliche Polarisierungsprozesse verschärfen sich im Zuge von städtischen Aufwertungs- und Erneuerungsprojekten und schaffen laut Mayer ein grundlegend neues Verhältnis der urbanen Bewegungen zum Austragungsort der Stadt: „Die Bewegungen operieren nun nicht mehr innerhalb der >>keynesianischen Stadt<<, in der Kämpfe um verbesserte kollektive Infrastrukturen möglich waren. Stattdessen sehen sie sich der >>neoliberalen Stadt<< gegenüber, die insbesondere zwei Bruchlinien anbietet, entlang derer die Bewegungen mobilisieren.“²⁷ Die Bewegungen mobilisieren einerseits gegen Investitionen in so genannte Leuchtturmprojekte, wie beispielsweise Kultur- und Sportbauten. Hinzu kommen Investitionen und Überwachung im öffentlichen Raum und die Verschiebung von Eigentumsverhältnissen (vom öffentlichen zum halböffentlichen- oder privaten Raum). Gentrifizierungsprozesse und der Rückgang von öffentlich gefördertem Wohnungsbau fallen ebenfalls darunter. „Eine zweite Bruchlinie entfacht Protest gegen die Neoliberalisierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, gegen den Abbau des Sozialstaats und Bewegungen für soziale und Umweltgerechtigkeit.“²⁸ Transnationale globalisierungs- und kapitalismuskritische Bewegungen wie Attac und Occupy nehmen vor allem die Proteste der zweiten Bruchlinie auf und artikulieren sich in weltweiten Netzwerken, während sich vor allem Recht-auf-Stadt-Bewegungen an der ersten Bruchlinie mobilisieren.

Seit den Auswirkungen der Finanzkrise der Jahre 2007 und 2008, haben die Reaktionen der Regierungen auf die Finanzkrise laut Mayer „zur [weiteren] Politisierung der städtischen Bewegungen beigetragen: >>Wir zahlen nicht für Eure Krise<< war bei Protesten von Athen bis Kopenhagen, von Reykjavik bis Rom, von Paris bis London, von Riga bis Kiew zu hören.“²⁹ Milliardenausgaben für die Rettung der Banken bei gleichzeitigen Einsparungen in sozialen und kulturellen Systemen, verschärfen vor allem die Einkommenssituation der unteren Einkommenschichten und Empfängern von Transferzahlungen. „[...] immer mehr Konflikte brechen auf, an denen sich Auseinandersetzungen entzünden und verschiedene Gruppen in Kampagnen und Bündnissen zusammen kommen.“³⁰ Als Beispiele nennt Mayer

²⁶ vgl. ebd., S. 59. Zum Begriff Neoliberalismus: Brenner et al. 2010, S. 329 f., zitiert nach Mullis, Daniel: „In aller Kürze kann Neoliberalismus als ein Prozess beschrieben werden, der marktorientierte Lösungen bevorzugt, die Kommodifizierung möglichst aller Lebensbereiche anstrebt und oftmals spekulative Finanzinstrumente zur Öffnung neuer Bereiche zur Profitgenerierung mobilisiert.“, unter: <http://static.twoday.net/rageo/files/Die-Stadt-im-Neoliberalismus.pdf> - abgerufen am 04.01.2015

²⁷ vgl. ebd., S.59

²⁸ vgl. ebd., S.60

²⁹ Mayer, Margit (2011), S.61

³⁰ vgl. ebd., S.62

die Berliner Initiative „MediaSpree Versenken!“³¹, die Kampagne „Tempelhof für alle!“ oder die Demonstrationen gegen die Hamburger Stadtentwicklungspolitik.

Neben den höchst unterschiedlich Betroffenen, wie „Künstler[n] und so genannte[n] Kreative[n], die ihre Arbeitsräume bedroht sehen, alteingesessene[n] Mieter[n], deren Verdrängung durch Luxuswohnprojekte bevorsteht, Linke[n] und Autonome[n], die diese Konflikte zu anti-kapitalistischen Kampagnen nutzen“³² kommen neue Entwicklungen, einerseits in Bezug auf Zusammenarbeit zwischen „benachteiligte[n] und marginalisierte[n] Gruppen“³³ und „privilegierten Gruppen (die nicht unbedingt materiell benachteiligt, sondern eher kulturell entfremdet und politische unzufrieden sind [...])“³⁴ und andererseits die Etablierung des Rechts-auf-die-Stadt auf internationaler Netzwerksebene, wie beispielsweise der „Habitat International Coalition“³⁵.

Um die Unterscheidung des Recht-auf-Stadt-Netzwerks in Hamburg von transnationalen, antikapitalistischen Protestbewegungen zu verdeutlichen und somit den Punkt der Mobilisierung an unterschiedlichen Bruchlinien aufzugreifen, möchte ich mit Auszügen aus einem geführten Interview mit Nils Boeing anknüpfen.

³¹ MediaSpree versenken ist eine Initiative, die sich gegen das Mega-Projekt Mediaspree stellt. Sie möchte vor allem das Spreeufer für alle Bürger der Stadt von Bebauung und Kommerzialisierung weitestgehend frei halten bzw. in Verhandlungen eine Koexistenz von Unternehmensstandorten und frei bespielbaren und zugänglichen Orten schaffen. Mehr Informationen unter: <http://www.ms-versenken.org/> - abgerufen am 30.11.2014

³² Mayer, Margit (2011), S.62

³³ vgl. ebd.

³⁴ vgl. ebd.

³⁵ Informationen unter: <http://www.hic-net.org/> - abgerufen unter 30.11.2014

Auf die abstrakte Frage hin, welchen Mehrwert die Arbeit des Recht-auf-Stadt- Netzwerks für Stadt und Stadtentwicklung haben kann, beginnt Boeing: „Na, Mehrwert ist natürlich so ein Begriff, unter dem ich das noch nicht so betrachtet habe. Also da gibt es auch zwei Aspekte. Der eine ist in der Formulierung von Christoph Schäfer: „Die Verräumlichung von Konflikten“. Und das ist vielleicht auch am besten zu verstehen in der Unterscheidung zu Occupy zum Beispiel oder auch der alten globalisierungskritischen Bewegung so um 2000, die kapitalistische Zustände kritisiert haben, auch sichtbar, aber eigentlich den globalen Rahmen. Das Thema war auch immer gleich global, die Finanzmärkte, die globale Warenwelt. Du hast ja

zwar konkrete Leute, die sich an konkreten Orten treffen, um diesen Protest sichtbar zu machen, aber dann reisen sie wieder ab und dann ist es weg. „Verräumlichung der Konflikte“ ist eigentlich eher das andere Ende vom Spektrum, dass du die Auseinandersetzung



Abbildung 1: Verräumlichte Konflikte – Christoph Schäfer

um den konkreten Ort nimmst und daran eben auch zeigt: „Wie funktionieren eigentlich bestimmte Sachen?“ „Warum ist dieser Ort ein Problem, so wie er sich entwickeln soll? Weil er frei handelbares Produkt dieses Immobilienmarktes ist. Ja, weil bestimmte Investitionen in Grund und Boden gehen, vielleicht auch gerade nach der Finanzkrise und da eigentlich wenig Schutz und Regulierung ist. Soziale Segregation, Spaltung, das kannst du dann alles an so einem Ort durchdeklinieren, nicht an jedem Ort alles gleichzeitig, aber das ging am Gängeviertel, das ging beim Bernhard-Nocht-Quartier, das ging bei den Esso-Häusern.“³⁶

Der Vorteil liegt also nach Boeing darin, dass man globale Mechanismen, vor allem die der Finanzwirtschaft und des Immobiliensektors, an konkreten Orten erfahrbar macht und sich an diesen Orten für direkt Betroffene oder auch für die, die sich für sie einsetzen, ein Anknüpfungspunkt für Widerstand bilden kann. Das global Abstrakte wird lokal und greifbar. Man kann behaupten, dass es kein neues Phänomen sei, da Hausbesetzungen beispielsweise schon zu früheren Zeiten stattgefunden haben, man denke an die Besetzung von mehreren Häusern in der Hafensstraße in Hamburg in den 1980er Jahren.

³⁶ Interview mit Nils Boeing, im Anhang

Hausbesetzungen sind dabei vielleicht eine der ausdrucksstärksten Formen, wenn es um die Verbindung von Konflikt und Raum geht, aber nicht immer die erfolgreichsten und in den Aktionsformaten des Recht-auf-Stadt-Netzwerkes nicht die einzigen. Bei globalen Protesten spielt laut Boeing zwar auch der Ort eine wichtige Rolle, aber die Ausprägung der Problematik findet meistens nicht konkret an diesem Ort statt. Zwar stehen Bankgebäude und die Wall Street symbolisch und in ihren Funktionen für den Kapitalismus und das Finanzsystem, aber an diesen Orten können die verursachten Konflikte nicht konkret veranschaulicht werden. Eine ebenfalls große symbolische Wirkung haben zentrale Plätze in großen Städten, da sie durch den geschichtlichen Hintergrund Orte der kulturellen politischen Repräsentation und Ausübung sind. Hier lässt sich das Beispiel des Tahrir-Platzes in Kairo anführen, der zu Protesten im Jahre 2011 genutzt wurde. Dabei ging es nicht um den Platz an sich, sondern um seine Symbolik, da sich an ihm wichtige staatliche Verwaltungsgebäude befinden und gegen das bestehende politische Regime demonstriert wurde.

2.3 Die Stadt als Austragungsort städtischer und gesellschaftlicher Konflikte:

Da sich in Städten kulturelle, politische, wirtschaftliche und viele weitere Institutionen konzentrieren und diese Institutionen im globalen Kontext interagieren und dem Fakt, dass mittlerweile über 50 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben³⁷, werden Städte weiterhin und in Zukunft Austragungsorte gesellschaftlicher, politischer und städtischer Konflikte sein.

Aus den nun folgenden vier Zitaten drei unterschiedlicher Autoren lässt sich das Potential städtischer Räume für Protestbewegungen und deren neue Anknüpfungspunkte erkennen:

„Im gleichen Maß wie die (konkurrenzfähige, unternehmerische, für Investoren wie Kreative attraktive und in globale Kreisläufe effektive eingeklinkte) Stadt für neoliberale Politik von enorm gewachsener Bedeutung ist, stellen etwaige Friktionen, Unterbrechungen und Störungen in ihrer (Re-) Produktion ein schwer kontrollierbares Risiko dar- bzw. einen Aufhänger für Protestbewegungen mit dem Potential, breite gesellschaftliche Resonanz zu

³⁷ Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung weltweit im Zeitraum von 1950 bis 2050, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/199605/umfrage/anteil-der-in-grossstaedten-lebenden-bevoelkerung-weltweit/> - abgerufen am 11.11.2014

finden für Forderungen nach gerechteren, besseren Städten und nach einer besseren, gerechteren Welt.“³⁸

„Weil Städte zu zentralen Schaltstellen für die (Re)Produktion des globalen Kapitalismus geworden sind, manifestieren sich hier die Widersprüche und Konflikte dieses Systems am deutlichsten, und bieten sich hier strategische Angriffspunkte für soziale Bewegungen.“³⁹

„Urbane Räume als Orte ziviler Öffentlichkeit, als Bühnen somit sozialer Bewegung, politischer Formierung und kultureller Repräsentation. Und dies ist nun in der Tat ein >>spatial turn<<, der nicht wie viele andere wissenschaftliche >>turns<< der letzten Jahre durch theoretisches Nachdenken angestoßen wurde, sondern der sich als soziale und politische Praxis konstituiert und konstruiert: Durch soziale Bewegungen, Aktionen und Netzwerke, die sich in den unterschiedlichsten Städten und aus den unterschiedlichsten Ursachen heraus formieren.“⁴⁰

Mit dem >>spatial turn<< meint Kaschuba die erfolgreiche Vermittlung und Verbreitung städtischer Ereignisse in Medien und durch Performanzen. Dadurch entstehe ein „symbolisches Kapital“⁴¹, das für die Zukunft eine entscheidende Rolle spielen wird, hinsichtlich „soziale[r] Repräsentation und politische[r] Macht im städtischen Raum.“⁴² Der Wirkungsgrad ist trotz stark lokaler Interventionen ein globaler, denn es scheint Kaschuba so, dass räumliche Strukturen und Konzepte neu definiert werden und das nicht nur vereinzelt, sondern in Städten auf der ganzen Welt. „Urbane Räume und urbane Kulturen wirken insofern mehr denn je auch als zivilgesellschaftliche >>Labore<<, weil sie sich in vieler Hinsicht auch explizit >>stadtpolitisch<< verstehen, strukturieren und organisieren.“⁴³ Zusammenfassend meint der >>spatial turn<< eine „neue soziale Beweglichkeit“⁴⁴ im Raum.

³⁸ Mayer, Margit (2014): Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen, S.29

³⁹ vgl. ebd.

⁴⁰ vgl. Kaschuba, Wolfgang (2013): Vom Tahrir-Platz in Kairo zum Hermannplatz in Berlin, S.23

⁴¹ vgl. ebd., S.24

⁴² vgl. ebd., S.24

⁴³ vgl. ebd.

⁴⁴ vgl. ebd.

Bei dem Stichwort der „zivilgesellschaftlichen Labore“ lässt sich die Verknüpfung zu Christoph Schäfers Bildessay „Die Stadt ist unserere Fabrik“⁴⁵ herstellen, denn in seinem Werk versucht er die Geschichte des Urbanen vom Ur-Schlamm bis zur Recht-

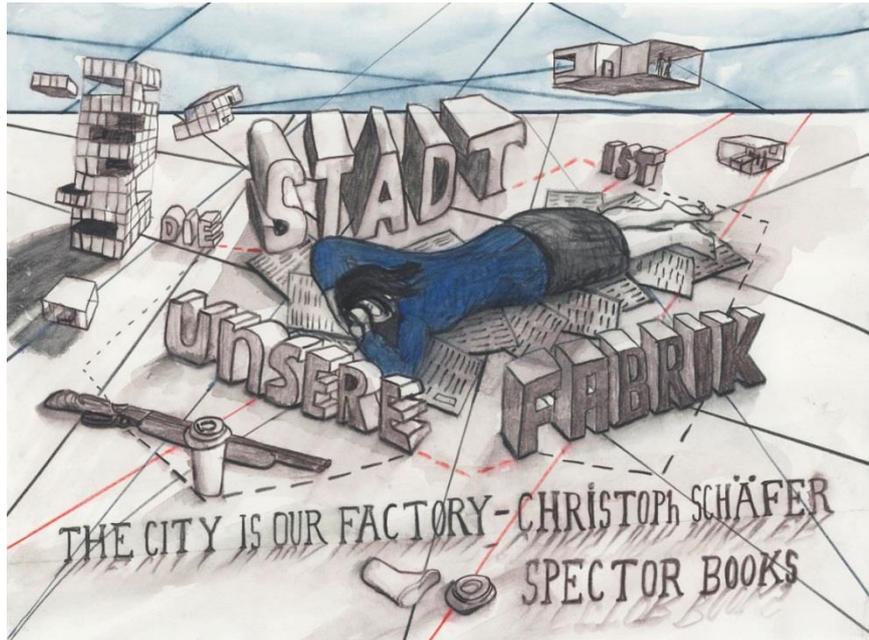


Abbildung 2: „Die Stadt ist unsere Fabrik“ – Christoph Schäfer

auf-Stadt-Bewegung

durch gezeichnete Bilder

und Schlagwörter zu erzählen. Angelehnt an Lefebvres Ausführungen in „Die Revolution der Städte“ wird die These vertreten, dass die Stadt im postindustriellen Zeitalter selbst zum zentralen Produktionsort wird. Subkulturen, Künstler, Designer spielen als Produzenten von kollektiven Räumen, als „Erfinder von Orten des Begehrens“ eine entscheidende Rolle. Dabei darf nicht falsch verstanden werden, dass sie in einem alternativen Urbanisierungsmodell die einzigen Produzenten sind, es geht vielmehr um die Nutzung von künstlerischem Potential für urbane Räume.

Ein weiterer Aspekt ist die Eigenproduktion von Gütern und Dienstleistungen im lokalen, selbstgemachten Rahmen. Die Stadt als Fabrik soll die Bewohner wieder selbst versorgen, ohne Ausbeutung strukturschwächerer Regionen auf der Welt. Diese Ansätze und erste Versuche organisiert das Fab Lab für St. Pauli.⁴⁶ Beispielsweise wurden dieses Jahr Workshops zum Eigenbau eines Handys angeboten.⁴⁷

„In der Stadt, so scheint es, lässt sich die Zukunft noch gewinnen. Sie biete den Platz für Wut, Protest und für politischen Gestaltungswillen. Sie wird zum Labor für alle, die nicht

⁴⁵ Schäfer, Christoph (2010): Die Stadt ist unsere Fabrik,

⁴⁶ <http://www.fablab-hamburg.org/> - Fab Lab für St. Pauli – abgerufen am 18.11.2014

⁴⁷ Ein Interview mit weiteren Details und Initiator Nils Boeing unter:

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ha&dig=2014%2F08%2F13%2Fa0151&cHash=8f5b3c53c1439d889f4f06e0ef2ee9ff> – abgerufen am 18.11.2014

länger an große Utopien glauben, dafür aber daran, dass sich die Gegenwart zum Besseren verändern lässt.“⁴⁸

2.4 Der Begriff >>Recht auf Stadt<<

Der Begriff, Slogan, die Parole „Recht auf Stadt“ lässt viele Interpretationsmöglichkeiten zu, weil es in höchst unterschiedlichen lokalen, gesellschaftlichen Kontexten unterschiedliche Auslegungen dieses Rechtes geben kann. Es stellen sich Fragen wie: Warum wird dieses Recht eingefordert? Wie kann man „Recht“ in dem Verhältnis zur Stadt deuten? Wird damit ein Grundrecht im juristischen Sinne eingefordert? Diese und viele weitere Fragen kommen auf, wenn man „Recht auf Stadt“ zunächst als nüchterne Forderung wahrnimmt. Diese Forderung findet man häufig auf Plakaten oder Transparenten bei Demonstrationen in größeren Städten, wenn es um stadtpolitische Themen und Stadtentwicklung geht und sie ist im Laufe der Zeit von einer Parole zur konkreten Bezeichnung von städtischen Bündnissen geworden. Dabei beziehen sich viele der Manifeste auf das „Recht auf Stadt“, welches Henri Lefebvre bereits 1968 in seinem Manifest „Le droit à la ville“ einfordert.⁴⁹

2.4.1 Das >>Recht auf Stadt<< nach Lefebvre

In diesem Abschnitt soll zunächst das „Recht auf Stadt“ von Henri Lefebvre näher erläutert werden und im Anschluss mit den Auslegungen der einzelnen „Recht auf Stadt-Bündnisse“ verglichen werden.

Lefebvres „Recht auf Stadt“-Konzept basiert auf eigenen Erfahrungen, die er in den 1960er Jahren in Frankreich gemacht hat. Im Kontext des aufsteigenden Fordismus und dem Ausbau des keynesianischen Wohlfahrtsstaates haben sich viele Städte grundlegend verändert, sie wurden durch ein sich etablierendes politisches und wirtschaftliches System transformiert.⁵⁰ Aufgrund der Agglomeration vieler Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in größeren Städten und der Modernisierung bzw. Rationalisierung im Agrarsektor war eine umfassende Migration von ländlichen zu städtischen Gebieten zu erkennen. Der funktionale Städtebau prägte immer deutlicher die städtebaulichen Strukturen. Darunter fallen eine strikte Funktionstrennung von Wohnen,

⁴⁸ Rautenberg, Hanno (2013), S.12

⁴⁹ Ronneberger, Klaus (2014): Vorwort zur Neuauflage - Die Revolution der Städte wieder lesen, S.12

⁵⁰ Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt, S.25/26

Arbeiten, Erholung und Bewegung, der Massenwohnungsbau und die zahlreichen Einfamilienhaussiedlungen an den Rändern der Städte. Die Umstrukturierung und Modernisierung in den Städten prägten nun auch den Alltag ihrer Bewohner und die „zeitgenössische Kritik fasste dieses spezifische Moment der Urbanisierung als >>Krise der Stadt<<.“⁵¹ Aus Lefebvres Sicht fußte diese auf der Homogenisierung der Lebensbedingungen, der Konditionierung und Kolonisierung des Alltagslebens. Unabhängig von der Lage in der Stadt, würde der funktionale Städtebau die herrschende „Enge und die normierenden Zwänge der fordistischen Kleinfamilie“⁵² noch verstärken. „Die >>Kolonisierung des städtischen Raumes<< (Henri Lefebvre) produzierte eine neue Form von Normalität, in der das Partikulare und Differente als Abweichung wahrgenommen und gegebenenfalls verfolgt wurde. Denn nur ein homogener sozialer Raum schien regierbar zu sein.“⁵³ Zudem würden die Monotonie des Arbeitsprozesses und die Struktur der funktionalen und bürokratischen Stadt eine neue Plage hervorbringen: die Langeweile.⁵⁴ Diese Krise der Stadt war für viele Protestbewegungen – auch für die Studentenbewegungen Ende der 1960er Jahre – ein Ausgangspunkt. Neben der Kritik gegen den westlichen Imperialismus und den Vietnamkrieg oder allgemeinen demokratischen, partizipatorischen Aspekten „richteten [sie] sich auch gegen eine fremdbestimmte Alltagswelt, gegen die Modernisierung der Städte, gegen die Vertreibung aus den Innenstädten und den Ausschluss vom städtischen Leben, gegen den Verlust der städtischen Qualitäten.“⁵⁵ Im Zuge der Studentenbewegungen 1968 fordert Henri Lefebvre in seinem Manifest „Le droit à la ville“ schließlich das >>Recht auf die Stadt<<.

Das zentrale Recht in dieser Forderung, ist „das Recht, nicht in einem Raum abgedrängt zu werden, der bloß zum Zweck der Diskriminierung produziert wurde“.⁵⁶ Diejenigen, die unter dem städtischen Alltag zu dem Zeitpunkt leiden sind vor allem: „Jugendliche, Frauen, Migranten, Kolonisierte, Arbeiter und Intellektuelle.“⁵⁷ Ronneberger betont weiterhin, dass es bei diesem Slogan „weder um ein Besuchsrecht in der Stadt, sondern um eine grundsätzliche Staats- und Herrschaftskritik [gehe].“⁵⁸ Das >>Recht auf Stadt<< soll dabei nicht als Oberkategorie für bereits bestehende Rechte, wie das Recht auf Arbeit, Ausbildung, Gesundheit, Wohnung, Freizeit, auf das Leben fungieren, sondern als Erweiterung dieser Rechte verstanden werden, welches auch nicht die Rückgewinnung der alten Stadtzentren

⁵¹ vgl. ebd., S.26

⁵² vgl. ebd.

⁵³ Ronneberger, Klaus (2014): Vorwort zur Neuauflage - Die Revolution der Städte wieder lesen, S.3

⁵⁴ Schmid, Christian (2011)

⁵⁵ vgl. ebd.

⁵⁶ vgl. ebd.

⁵⁷ Ronneberger, Klaus (2014), S.13

⁵⁸ vgl. ebd., S.12

fordert, sondern vielmehr die Partizipation am städtischen Leben, eine erneuerte *Zentralität*⁵⁹, Orte der Begegnung und des Austausches.⁶⁰ Das Zufällige, was aus dem Zentralitätsverständnis Lefebvres hervorgeht, kann sich schließlich zu einem gesellschaftlichen Mehrwert entwickeln, im Sinne sozialer Reproduktion: „wo Differenzen und Fremde aufeinander stoßen bzw. sich begegnen, wo Alltagsleben und Spiel und die Sinnlichkeit der Stadt erfahrbar sind: In dieser Perspektive ist Stadt sowohl ein soziokulturelles Konstrukt als auch gebaute Umwelt, in beidem repräsentiert sie ein einzigartiges „work in progress“.“⁶¹ Die Stadt als gesellschaftliches Objekt besteht für Lefebvre aber nicht mehr, man kann aus seiner Sicht nur noch von urbaner Gesellschaft (verstädterte Gesellschaft) sprechen, die geprägt ist von dem global fungierenden ökonomischen System und dieses würde „städtisches Leben unterminiere[n]“⁶². Um diesen Zustand zu ändern müsste es einen gesamtgesellschaftlichen Wandel geben.⁶³ Lefebvre nennt zudem drei Voraussetzungen für eine politische Strategie: „a) die Einführung der urbanen Problematik in das politische Leben (Frankreichs) und deren vorrangige Behandlung; b) die Ausarbeitung eines Programms, dessen erste Artikel die allgemeine Selbstbestimmung sein muss. [...] c) die Einführung des >>Rechtes auf die Straße (also des Rechtes auf Nichtausschluss aus der Zentralität und ihrer Bewegung) muss ins Vertragssystem aufgenommen werden“⁶⁴ Den Begriff der Selbstverwaltung erläutert Lefebvre in diesem Zusammenhang nicht näher, jedoch nimmt der Begriff Bezug auf die gesellschaftliche Reproduktion, die nur durch ein lebendiges städtisches Leben ermöglicht wird, das Selbstverwaltung im Sinne von „Selbstverwaltung der Produktionseinheiten und Selbstverwaltung der Territorialeinheiten (Stadt, Gemeinde, Regionen)“⁶⁵ mit einschließt.

⁵⁹ „Lefebvre resümiert: >Wir haben das Wesen des Phänomens der Verstädterung in der Zentralität entdeckt, aber in einer Zentralität, gekoppelt mit der dialektischen Bewegung, die sie einsetzt und zerstört, sie schafft oder zerbricht. Der Sinn des urbanen Raum-Zeit-Gebildes ist darin zu sehen, dass jeder Punkt zentral werden kann. Die Zentralität ist nichts Indifferentes, im Gegenteil, sie bedarf des Inhalts. Dieser Inhalt jedoch kann irgendein Inhalt sein. Anhäufung von Projekten und Produkten in Lagern, Berge von Obst auf den Märkten, Menschenmassen, Leute, die sich gegenseitig auf die Füße treten, Zusammenballungen vielfältiger, nebeneinander, übereinander liegender, zusammengetragener Objekte: das macht die Stadt aus.<“ Lefebvre, Henri (1970), S.126, zitiert nach Ronneberger, Klaus (2014), S. 11

⁶⁰ Schmid, Christian (2011)

⁶¹ Mayer, Margit (2014): Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen, S. 27

⁶² vgl. ebd.

⁶³ „Unter >urbaner Revolution< versteht Lefebvre >die Gesamtheit der Wandlungen und Veränderungen, die unsere heutige Gesellschaft durchschreitet, um von einer Epoche, deren maßgebliche Probleme Wachstum und Industrialisierung (Modell, Planung, Programmierung) sind, zu jener überzugehen, wo die durch Urbanisierung entstandenen Probleme den Vorrang haben und die Suche nach den Lösungen und nach den für die verstädterte Gesellschaft spezifischen Modalitäten größte Bedeutsamkeit gewinnt.<“ Lefebvre, Henri (1970), S.11, zitiert nach Ronneberger, Klaus (2014), S. 3

⁶⁴ Lefebvre, Henri (1970): Die Revolution der Städte – La Révolution urbaine (1972), S. 159/S.160

⁶⁵ Heilbronn, Peter (2004): Darstellung zu Lefebvre 'Die Zukunft des Kapitalismus' (1974), <http://www.mxks.de/files/phil/peter2Lefebvre.ZukunftDesKap.html#Lef%C3%A8bvre>, abgerufen am 28.10.2014

Grundvoraussetzung hierfür wäre die Überwindung des bestehenden kapitalistischen Systems.

Zusammenfassend kann man zunächst festhalten, dass es bei Lefebvres Verständnis von >>Recht auf Stadt<< um gesellschaftliche Teilhabe geht, dabei städtische Orte als Begegnungsstätten von Gewohntem und Fremdem fungieren und sich aus der Überlagerung und Annäherung vielfältiger Funktionen, Nutzungen, Alltagswelten eine Form gesellschaftliche Wertschöpfung entwickeln kann. Das rein funktionale, rational planerische Erscheinungsbild der Stadt, welches durch finanzielle ökonomische Bestrebungen gefördert wird, stellt somit eine Gefahr für städtisches Leben und letztendlich auch für den Menschen dar.

2.4.2 Das >>Recht auf Stadt<< in dem Verständnis der deutschen Recht-auf-Stadt-Netzwerke

Lefebvres Verständnis von einem >>Recht auf Stadt<< findet sich in den Manifesten der unterschiedlichen Recht-auf-Stadt Netzwerke in Deutschland in Kernpunkten wieder, nur gehen diese von einem überwiegend theoretischen Konzept in ein auf ihr städtisches Umfeld basierendes „Handlungskonzept“ über. Sie beschreiben die gegenwärtigen städtischen Entwicklungen und suchen dabei die Anknüpfungspunkte, wo sie das Recht auf Stadt einfordern können.

In Hamburg beispielsweise stellt ein von vielen Initiativen unterstütztes Manifest die Position der Bewegung dar. Sie sprechen sich gegen offizielle Leitbilder wie „Wachsende Stadt“ und die generelle Einordnung von einer Stadt als „unternehmerische Stadt“, mit der Verknüpfung zu konkreten „Branding-Strategien“ in bestimmten Stadtteilen, aus: „Wir wollen weder dabei helfen, den Kiez als „bunten, frechen, vielseitigen Stadtteil“ zu „positionieren“, noch denken wir bei Hamburg an „Wasser, Weltoffenheit, Internationalität“ oder was euch sonst noch an „Erfolgsbausteinen der Marke Hamburg“ einfällt.“⁶⁶ Sie hinterfragen die Standortstrategie, mit der neues kreatives, profitorientiertes Kapital angeworben werden soll, wenn gleichzeitig immer mehr bezahlbarer Arbeits-, Ausstellungs- und Wohnraum für Bewohner – die teilweise auch kreativ und kulturell arbeiten – in zentralen Stadtteilen verschwinden und die Stadt damit, je nach Lage, verstärkter nach Einkommen selektiert: „Wir glauben: Eure „Wachsende

⁶⁶ Auszug aus dem Manifest „Not in our name – Marke Hamburg“, unter : <http://nionhh.wordpress.com/about/> - abgerufen am 14.10.2014

Stadt“ ist in Wahrheit die segregierte Stadt, wie im 19. Jahrhundert: Die Promenaden den Gutsituieren, dem Pöbel die Mietskasernen außerhalb.“⁶⁷

Sie versuchen die Widersprüche der Stadtentwicklung innerhalb stadträumlicher Kontexte zu veranschaulichen, indem sie den Neubau von Büroimmobilien, bei gleichzeitig hohem Büroleerstand – vermehrt auch in zentralen Lagen – kritisieren und verurteilen. Zusätzlich sprechen sie Themen wie steigende Mieten, den Rückgang sozial geförderter Wohnungen, das Verschwinden von Grün- und Freiflächen und den Bau kostspieliger Leuchtturmprojekte an und weigern sich als interessante, künstlerisch tätige Bewohner für eine zukünftige Aufwertung von Stadtteilen instrumentalisieren zu lassen: „Wir haben schon verstanden: Wir, die Musik-, DJ-, Kunst-, Theater- und Film-Leute, die Kleinegeile-Läden-Betreiber und Ein-anderes-Lebensgefühl-Bringer, sollen der Kontrapunkt sein zur „Stadt der Tiefgaragen“ (Süddeutsche Zeitung). [...] Wir sind willkommen. Irgendwie. Einerseits. Andererseits hat die totale Inwertsetzung des städtischen Raumes zur Folge, dass wir – die wir doch Lockvögel sein sollen – in Scharen abwandern, weil es hier immer weniger bezahlbaren und beispielbaren Platz gibt.“⁶⁸

Es geht also zentral auch um die Forderung sozialer Teilhabe, weil sie vor allem diese, aufgrund gegenwärtiger städtischer Entwicklungsmaßnahmen, bedroht sehen. Sie sind besorgt, dass die vielfältige bauliche und soziale Struktur mit der Aufwertung der Stadtquartiere und der steigenden Mieten verloren geht. Ähnlich wie Lefebvre bemerkt man einen Rückgang städtischer Qualitäten und städtischen Lebens aufgrund von Homogenisierung innerhalb der Stadtquartiere durch Verdrängung und den Verlust öffentlicher Räume und generell dem Verschwinden von Möglichkeiten sich Räume in der Stadt anzueignen.

Obwohl es in anderen Regionen und Städten andere Herausforderungen und Probleme gibt, scheint es doch ein grundlegend ähnliches Selbstverständnis der einzelnen Recht-auf-Stadt-Netzwerke zu geben. Beispielsweise sieht sich das Bündnis Recht-auf-Stadt-Ruhr zunächst anderen Herausforderungen gegenübergestellt. Die Herausforderungen sind überwiegend nicht mit denen wachsender Metropolregionen wie Hamburg oder Berlin, die mit hohen Mieten und knappem, bezahlbarem Wohnraum zu kämpfen haben, vergleichbar. Das Ruhrgebiet ist eine schrumpfende Region und sehr stark durch die Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels betroffen und das Bündnis in dieser Region fordert Einsichtigkeit von Seiten der Politik sich diesen Problemen gemeinsam – im Sinne einer Zusammenarbeit der einzelnen Städte in der Region – zu stellen und nicht zu versuchen aus nostalgischen Erinnerungen an die Bergbau- und Industriearbeit Kapital zu schlagen: „Wir

⁶⁷ vgl. ebd.

⁶⁸ vgl. ebd.

denken, der erste Schritt zu einer Veränderung ist der, sich endlich einzugestehen, dass dieses Ruhrgebiet der „Malocher“ endgültig der Vergangenheit angehört. Wir trauern dem Verschwinden der für das Ruhrgebiet typischen Industriearbeit nicht nach. Wir wollen die Bilder von den heldenhaft verklärten Arbeitsmännern nicht mehr sehen. Wir stellen diese Identität stiftende Ruhrgebietsfolklore in Frage. Nicht zuletzt, weil beim Erinnern an Kohle und Stahl der Schmerz und der Dreck immer vergessen werden.“⁶⁹ Zudem wollen sie sich, genau wie in Hamburg, nicht mit der „unternehmerischen Stadt“ identifizieren und hinterfragen ebenfalls den Gebrauch von Bezeichnungen und Leitbildern wie „Metropole Ruhr“ oder „Region im Wandel“, im Falle des Ruhrgebietes. „Die sozialen Tragödien und der Verfall des Ruhrgebiets“ würden sich „hinter dem Wortgeklingel [verstecken]“⁷⁰ und gerade die gilt es in diesem Zusammenhang nicht zu vergessen, sondern sich für Teilhabe am gesellschaftlichen und städtischen Leben einzusetzen.

Für Nils Boeing, einem der vielen Gründungsmitglieder des Recht-auf-Stadt-Netzwerks in Hamburg, ist die Auslegung dieser „Parole“ eine ganz entscheidende. Er sieht die Gefahr, dass, wenn man sich nicht näher mit der Bedeutung des Begriffs auseinandersetzt, dieser vereinnahmt und „stumpf“ wird. Schon regt sich Kritik von links, dass Recht auf Stadt im Grunde ein bürgerlicher Ansatz sei, der wichtige Konflikte zuleistete, ja nur der Protest von weißen innerstädtischen Mittelschichtsangehörigen sei.“⁷¹ Auch gute drei Jahre später erzählt er mir in einem Interview⁷², dass der Begriff nicht genug „geschärft“ worden sei und er damit unzufrieden ist. Er weiß über die Diffusität des Begriffs Bescheid, wünscht sich aber mehr Mut im Umgang mit futuristischen, utopischen Gedankenmodellen, orientiert an der Fragestellung: „Wie sieht die Stadt aus, in der das Recht-auf-Stadt für alle gilt?“ und begrüßt Versuche den Begriff zu erweitern, wie es beispielsweise im Rahmen der Flüchtlingsthematik der Lampedusagruppe seit 2013 der Fall gewesen ist. „Recht-auf-Stadt kennt keine Grenzen!“ lautet in diesem Zusammenhang die Parole und wirft unmittelbar die Frage auf: Wer darf sich in der Stadt aufhalten? Wer hat das Recht-auf-Stadt inne? Diese Fragen machen laut Boeing sehr schnell die aktuellen Ausschlüsse in städtischen Konflikten deutlich und sichtbar. Ähnlich wie Lefebvre impliziert für Boeing das Recht-auf-Stadt auch das Recht-auf-Straße und meint damit einen „Ort, mit dem wir was machen, oder an dem wir auch nur sind. Flanieren, ohne irgendwelche Absichten“ und lehnt die Straße als Konsumzone ab.

⁶⁹ Auszug aus dem Manifest „Von Detroit Lernen! – Recht auf Stadt im Ruhrgebiet, unter <http://www.rechtaufstadt-ruhr.de/2014/08/25/von-detroit-lernen-manifest-fuer-ein-recht-auf-stadt-im-ruhrgebiet/> – abgerufen am 15.10.2014

⁷⁰ vgl. ebd.

⁷¹ Nils Boeing, Recht auf Stadt – mehr als eine griffige Parole, aus: Transmitter 6/2011, unter http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Recht_auf_Stadt_-_mehr_als_eine_griffige_Parole%3F – abgerufen am 28.10.2014

⁷² Die Transkripte der Interviews befinden sich auf der beigefügten Daten-CD

Gleichzeitig ist Straße, oder sollte Straße auch Arbeitsraum sein. Das versucht er am drastischen Beispiel von Prostituierten in St. Pauli zu verdeutlichen, die aufgrund von hochpreisigen Nutzungen aus dem Stadtteil verdrängt werden und damit argumentiert werde, dass viele Familien mit Kindern zukünftig diese Straßen nutzen werden. Damit stelle sich die Frage: „[...] Für wen gilt das Recht-auf-Straße?“ Den Begriff der Selbstverwaltung greift Boeing im Zusammenhang mit dem Recht-auf-Teilhabe auf und will damit deutlich machen, dass es nicht nur um das Teilnehmen geht, sondern um das selbst Gestalten als die Praxis der „Wunschproduktion“, auf die ich im weiteren Teil meiner Arbeit noch näher eingehen werde. Er kritisiert dabei gegenwärtige Beteiligungsformate, bei denen es nur um das unverbindliche Teilnehmen gehe: „Beteiligung, wie sie jetzt läuft, ist Teilnahme: „Sagt mal was und dann gucken wir, ob wir was damit machen.“ Teilhabe aber wäre: „Wir machen!“

2.5 Die praktische Umsetzung des >>Recht[s] auf Stadt<< in Hamburg

In diesem Abschnitt soll mit Hilfe der Interviews und einer Auswahl erfolgreicher bzw. anstehender Projekte des Recht-auf-Stadt-Netzwerks der Versuch unternommen werden, die Praxis der Initiativen darzustellen und inwiefern sie mit ihrer Methodik Problemfelder aufdecken und Stadtentwicklung beeinflussen.

Auf die abstrakte Frage an einen Mitarbeiter der BSU⁷³, der an der Durchführung des Beteiligungsverfahrens „Mitte Altona“ beteiligt war, ob es die Stadt für alle gibt, antwortet er: „Die Stadtplanung, wenn sie sich sehr eng an die ersten Paragraphen des Baugesetzbuches hält, dann müsste es die Stadtplanung für alle schon geben. Es ist, glaube ich, gar nicht so sehr die Ambition oder die mangelnde Ambition von Stadtplanern, die ein mögliches Auseinanderfallen von Beteiligung an Stadt verhindern, sondern es sind tatsächlich auch die Verfügungsrechte über Eigentum und die Einsetzbarkeit von Geld und Kapital in der Stadtentwicklung, was, sage ich mal, so eine Asymmetrie hervorgibt, wo man auch als Planer nicht beliebig Kontra geben kann.“⁷⁴ Er gibt also zu, dass politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, vor allem bei größeren städtebaulichen Projekten, maßgeblich die Entscheidungsfindung und damit auch den Prozess der Beteiligung determinieren. Der geringe Handlungs- und Planungsspielraum, der dann noch Bürgern in einem Beteiligungsprozess zusteht, führt bei vielen Leuten zur Frustration. Gerade Mitglieder von Initiativen fühlen sich durch die langwierigen Beteiligungsverfahren „verschlissen“, so die

⁷³ Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg

⁷⁴ Interview befindet sich ebenfalls im Anhang

Initiative Lux & Konsorten, die sich für günstigen, spekulationsfreien, selbstverwalteten Gewerberaum einsetzt und unter anderem mit den Initiativen Altopia und Lebendiges Altona e.V. in dem Beteiligungsprozess rund um „Neue Mitte Altona“ mitgewirkt hat. Zusammen mit Bürgern aus dem Bürgerplenum haben sie sich am 2.2.2012 für ein Moratorium ausgesprochen und konnten sich in Teilen erfolgreich für günstige Gewerbeflächen einsetzen. Auf die Frage, ob dieser kleine Erfolg auf die Arbeit der beteiligten Initiativen zurückzuführen sei, antwortet der Mitarbeiter der BSU: „[...]Denke schon, dass der Hinweis darauf, dass dort auch gewerblich gearbeitet und genutzt wird, dass das dazu geführt hat, später beim Städtebaulichen Vertrag einem der Eigentümer auch eben eine Fläche abzurufen, in dem er über 10 Jahre lang günstigere gewerbliche Räume anbieten muss. Das ist, glaube ich, vielleicht nicht unmittelbar ganz linear, aber ich glaube, dass das sozusagen zum Teil auf diese Aktivitäten zurückzuführen ist.“

Dieser geringe Handlungs- und Planungsspielraum, die Herangehensweise vieler formeller und informeller Beteiligungsworkshops und die Reaktion von Seiten der Behörden auf Vorstöße in Sachen Stadtentwicklung steht bei den Mitgliedern von Recht-auf-Stadt stark in der Kritik, so unter anderem Nils Boeing: „Mein Eindruck ist immer noch, dass Behörden und Politik diese Vorstöße etwas gequält aufgreifen, eher im Sinne von befrieden. „Wir kriegen es nicht weg, es ploppt immer wieder auf, wir müssen damit umgehen, aber eigentlich haben wir keinen Bock.“ [...]Also die Stadtwerkstatt von Hamburg zum Beispiel, als so eine Art Planungsinstitution, findet der Senat wahrscheinlich ganz großartig, ich finde sie aber noch wahnsinnig konventionell, weil sie eher den Charakter eines Symposiums hat und das heißt, die Bürger, die dann dort hinkommen, geben Empfehlungen ab oder äußern ihre Meinung oder nehmen Stellung, aber das ist alles nicht bindend. Die Politik kann sich das anhören oder die Behörden, und dann können sie halt irgendwas damit machen oder auch nicht.“ Zudem würden zu viele Einschränkungen, im Sinne politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die ein Beteiligungsverfahren von Beginn an bestimmen, die kreativen Handlungs- und Planungsoptionen von Seiten der Bürger in ihrer Produktivität stark einschränken. Und da zieht Boeing die Methode der Wunschproduktion als ein alternativeres, offeneres Verfahren heran: „Der Unterschied von der Wunschproduktion zur klassischen Beteiligung, dass von Anfang an erstmal keine Ausschlusskriterien da sind, sondern: „Was wünscht ihr euch, ins Blaue?“ und das Denken und Wünschen damit auch so ein bisschen befreit werden soll, anstatt dass du sagst: Das ist der Sachzwang, so viel darf es kosten, hier ist ein Abstand zur Fahrbahn einzuhalten und und und. [...] Diese Sachen kommen in einem späteren Schritt natürlich schon, wenn das realisiert werden soll, aber nicht gleich am Anfang, weil ja damit ganz viel erstickt wird.“

Was mit Wunschproduktion konkret gemeint ist, soll nach einer kurzen Einführung an drei Beispielen näher erläutert werden. Die Entstehung der Wunschproduktion als planerische Methode wird am Beispiel von Park Fiction erläutert und die Fortführung an den Vorhaben der Rindermarkthalle und dem gegenwärtigen Projekt der PlanBude, bei denen Anregungen und Wünsche der Anwohner und aller Interessierten im Kontext des Esso-Häuser-Areals kreativ eingebunden werden sollen.

2.5.1 Die Methodik der Wunschproduktion:

Etwas, was bei vielen Aktionen des Recht-auf-Stadt-Netzwerks auffällt, ist die enge Verzahnung zwischen Kunst und Planung. Kunst dient dabei als Mittel, um Aufmerksamkeit auf einen bestimmten Sachverhalt zu lenken, um einen spielerischen Zugang zu komplexen Planungsinhalten zu ermöglichen und den neu geplanten Elementen letztendlich eine Form zu verleihen. Bezogen auf die Wunschproduktion soll dann eine Alternative zu der in stark gesellschafts- und marktpolitische Prozesse eingebundenen formellen Planung eröffnet werden.

Bei der Wunschproduktion geht es zunächst darum sich als Individuum oder Kollektiv zu erheben und aus eigener Initiative städtischen Raum zu bespielen, dabei in einem offenen Dialog auf Augenhöhe mit anderen in Kontakt zu treten und gemeinsam Ideen zu entwickeln, um einen bestimmten Ort neu zu denken und zu verbessern. Diese Methode fällt meines Erachtens auch unter die „Konstituierenden Praxen“, die Christoph Schäfer auf der Parkfiction-Website beschreibt.⁷⁵ Konstituierende Praxen schaffen laut Schäfer gesellschaftliche Beziehungen, handeln ohne Mandat staatlicher Institutionen, wollen diese meistens nicht adressieren und mit diesen auch nicht in unbewegliche politische Grabenkämpfe verfallen. „Sie arbeiten lieber auf der Straße, studieren mit der Nase am Asphalt, verbinden Kunst und gesellschaftliche Bewegungen, erfinden neue Spiele, entwickeln alternative Formen von Wissenschaften, besetzen Land, gründen neue Siedlungen und ganze Städte, definieren den öffentlichen Raum neu – und fordern somit die dominanten Systeme der Stadtplanung und der Realitätsbeschreibung heraus.“⁷⁶ Das Bestreben, die politische Macht zu übernehmen, liegt dem aber nicht zu Grunde, es soll eine alternative Planungsform einleiten. Die Einsetzbarkeit der Wunschproduktion hängt laut Boeing stark von dem räumlichen Maßstab eines Vorhabens ab: „Man würde es jetzt

⁷⁵ Christoph Schäfer ist Künstler und maßgeblich an dem Schaffensprozess rund um Parkfiction in Hamburg beteiligt gewesen.

⁷⁶ Schäfer, Christoph: Die Stadt ist ungeschrieben, 2004, unter: <http://park-fiction.net/die-stadt-ist-ungeschrieben/> - abgerufen am 30.10.2014

natürlich nicht machen, wenn man jetzt hier so einen maroden Altbau in einem Straßen-/Wohnviertel herunter reißt. Aber sagen wir mal, du hast stadteigene Immobilien, große Flächen oder eben doch richtig große Bauvorhaben von einem privaten Eigentümer, bei dem einfach klar ist, dass die eine enorme Ausstrahlung haben werden für den Stadtteil“⁷⁷

2.5.2 Fallbeispiele

2.5.2.1 Park Fiction

1995, also etwa 14 Jahre vor der offiziellen Gründung des Recht-auf-Stadt-Netzwerks, begann die alternative Planung auf dem Gelände um den Pinnasberg in Altona-Altstadt. Zunächst sollten Grundstücke, die im Besitz der Stadt waren, sukzessive an private Investoren verkauft werden und an der Stelle, wo man heute Parkfiction findet, sollte ein kapitalintensiver Büro- und Wohnkomplex realisiert werden. Anwohner und Besitzer angrenzender Nutzungen hatten sich gegen diese Art von Nutzung und Planung ausgesprochen und zusammen mit bereits bestehenden Nachbarschafts- und Netzwerkstrukturen, teilweise noch aus der Zeit der Häuserbesetzungen in der Hafensstraße 1981, die ersten Impulse für Parkfiction gesetzt. Sie wollten statt der Verdichtung durch Büro- und Wohnungsbau die Nutzung einer öffentlich zugänglichen Parkfläche vorschlagen. Unter den Beteiligten befanden sich zunächst Sozialarbeiter vom Stadtteilzentrum GWA, Pfarrer der Kirche St. Pauli und die Direktorin der St. Pauli Schule. Sie versuchten zunächst mit Lokalpolitikern zu reden, was sich aber nach einem Jahr als nicht wirksam herausgestellt hatte. Künstler und Musiker aus der lokalen Szene, die im Golden Pudel Klub – einem Musikclub, der sich unmittelbar am Planungsareal befand und der sich dort heute immer noch befindet – einen Ort des Austausches gefunden hatten, stießen dazu und wollten die bis dahin erfolglose „klassischen Lobbyarbeit“ mit künstlerischen Alternativen ergänzen bzw. dieser einen unabhängigen, künstlerisch inspirierten Neuanfang geben. Christoph Schäfer beschreibt den Prozess dieser Zeit so: „Zusammen entwickelten wir ein neue Reihe von Praktiken und Konzepten, die von einer Neulektüre der situationistischen Texte und der Schriften von Henri Lefebvre beeinflusst waren, Praktiken, die in der selbstorganisierten Kunstszene in den früher neunziger Jahren erprobt worden waren, aus Reflexionen über demokratische Kunstprojekte und Konzeptkunst und aus einer Unzufriedenheit mit den Grenzen von Kunst in der Öffentlichkeit und aus den oben beschriebenen Acid-

⁷⁷ Interview, Nils Boeing

Erfahrungen⁷⁸ heraus. Diese Konzepte beschreiben den Übergang von der Forderung nach einem Park zu Park Fiction.⁷⁹ Wenig später begannen die Beteiligten sich Gedanken über die konkrete Gestaltung der Flächen zu machen und dabei die Bedürfnisse aller Betroffenen und Interessierten mit einzubeziehen. Nils Boeing erinnert sich: „Und diese andere Nutzung, darüber herrschte sehr schnell Einigkeit. Dann ging es halt darum, was ist ein Park? Was soll ein Park in der Stadt? Wie machen wir den?“⁸⁰ Diesen Fragen wollte man sich mit der Methode des „Infotainments“ widmen, indem man öffentliche Vorträge zu Parks und Politik hielt und sich gegenseitig informiert hat. Die Vorträge wurden durch Freilichtkinos, Diashows und Musikveranstaltungen ergänzt. Kurze Zeit später wurde die Hamburger Kunstkommission auf die Aktivitäten aufmerksam und fragte die sehr aktiven künstlerischen Initiatoren Cathy Skene und Christopher Schäfer, ob sie nicht ein Projekt für Kunst im öffentlichen Raum entwickeln wollen. „Wir dachten eine Woche nach und entschieden dann, dass wir nicht irgendwo eine Skulptur aufstellen wollten, sondern lieber Park Fiction vorschlugen.“⁸¹ Diesem Projekt wurde von der Kunstkommission 1996 zugestimmt und finanzielle Mittel zur Umsetzung wurden zugesprochen. Als die Aktivitäten auch bei der Politik bekannt wurden, versetzte dies dem Projekt zunächst einen Dämpfer. Zwar hatte die Kunstkommission der Förderung zugestimmt, aber der damalige Senator für Stadtentwicklung blockierte das Vorhaben. Erst nachdem bereits ein Flügel des Hamburger Hafenkrankehauses von der Stadt abgerissen wurde – im Rahmen eines stadtweiten Abbaus von Krankenhausbetten – und sich gegen den weiteren Abriss des Gebäudes Widerstand regte sowie die restlichen leerstehenden Flächen besetzt wurden, wurden die Probleme und Anliegen in St. Pauli wieder aufgegriffen. Im Wahljahr 1997 einigte man sich schließlich noch vor der Wahl an einem runden Tisch über die Finanzierung des Projektes Park Fiction. Als Vertrauensforderung sollten die Finanzierungsgelder noch vor der Wahl an das Park Fiction-Projekt überwiesen werden. Dem kam der Senat auch nach.

Man könnte vermuten, dass der letztendliche Erfolg von Park Fiction nicht nur dem Engagement des damaligen Künstlernetzwerks und der Anwohnerschaft und anderer Beteiligter geschuldet ist, sondern auch den mehr oder weniger glücklichen politischen Umständen der Zeit. Was wäre gewesen, hätte der Senat nicht die Pläne zum Abriss des Krankenhauses zur Umsetzung gebracht und diesem Beschluss folgend Protestaktionen

⁷⁸ Die Acid-Erfahrungen, die Schäfer in seinem Text anspricht, gehen auf die Acid-House Bewegung der 1980er und 90er zurück. Wichtige Elemente, war die facettenreiche, tanzbare elektronische Musik, unter anderem der Konsum von Ecstasy und LSD und die Besetzung leerstehender Fabrikhallen und Gebäude zur temporären Nutzung als Partyzonen: „Was auch mit Acid anfing, war die bewusste Idee und Fähigkeit, Situationen herzustellen. Bei Ambient schwingt diese Möglichkeit im Namen mit, überall gab es Chill-Out-Zonen, und mit Raves wurde die kurzzeitige und unautorisierte Nutzung leerer Gebäude, Fabriken, Hallen, Banken oder von ungenutztem Ackerland zur Massenaktivität.“ (Schäfer, Christoph, 2014)

⁷⁹ Schäfer, Christoph, 2004

⁸⁰ Boeing, Nils, Interview im Anhang

⁸¹ Schäfer, Christoph, 2004

provoziert, die der Senat in dieser Form nicht erwartet hatte? War der Senat im Wahljahr 1997 eventuell anfälliger für stadtpolitische Forderungen der Bürger? Ich denke, solche parallelen Ereignisse führen zu unerwarteten Reaktionen, womit ich den Beteiligten an Park Fiction keine Überzeugungskompetenz absprechen möchte, zumal das Vorhaben zuvor bereits durch die Zustimmung der Hamburger Kunstkommission eine reale Teillegitimation erhalten hatte.

Im folgenden Abschnitt soll nun erläutert werden wie sich die Planung nach offizieller Zustimmung des Senats zur Finanzierung des Projekts im Stadtteil vollzogen hat. Zunächst wurde mit einem Planungscontainer auf dem Areal eine öffentlich zugängliche Lokalität geschaffen, in der Anwohner und alle Interessierten ihre Ideen äußern und diesen unter anderem mit Hilfe von Knetmasse im so genannten „Knetbüro“ eine Form verleihen konnten. Der ganze Planungsprozess sollte als Spiel aufgezogen werden, an dem jeder mitspielen konnte. Für die Leute im Stadtteil, die man durch die Installation eines Planungscontainers nicht erreichen konnte, wurde eine Telefonhotline eingerichtet, „für Menschen, denen die besten Ideen nachts kommen.“⁸² Zusätzlich wurde eine Gartenbibliothek eingerichtet und das Entscheidende war der „Action Kit – ein mobiles Planungsbüro mit Fragebögen, Plänen, Knetmasse, einem Diktiergerät, einem aufklappbaren Hafenpanorama und einer Instantkamera, um Ideen gleich aufzuzeichnen.“⁸³

1998 wurden die beliebtesten Entwürfe in zwei Stadtteilkonferenzen vorgestellt. Innerhalb des Projektes wurde zuvor demokratisch über die wichtigsten Funktionen des Parks abgestimmt und die einzelnen Entwürfe sollten „auf eine radikal subjektive Weise weiterentwickelt [werden]“⁸⁴, um „Inseln mit unterschiedlichen Funktionen“⁸⁵ zu entwerfen und auf dem Gelände zu manifestieren. Die angesprochene Subjektivität gründet sich auf folgende Ausführung Schäfers: „Wenn Subjektivität die neue Front des Kapitalismus ist, bekommen künstlerische Praktiken potentiell mehr Macht. Gleichzeitig wohnt künstlerischer Praxis ein Potential für Autonomie inne, Potentiale der Widerständigkeit und der Sperrigkeit.“⁸⁶ Zudem seien nicht nur Künstler zu dieser Idee befähigt, sondern eigentlich jeder, der sich mit Hilfe von seiner eigenen uneingeschränkten Imaginationskraft leiten lässt: „Diese Strategie steht in Beziehung [...] [zu] der Idee, dass kreative Produktivität nicht mehr allein die Domäne von KünstlerInnen ist, sondern eine verallgemeinerte Fähigkeit wird.“⁸⁷

⁸² Schäfer, Christoph, 2004

⁸³ vgl. ebd.

⁸⁴ vgl. ebd.

⁸⁵ vgl. ebd.

⁸⁶ vgl. ebd.

⁸⁷ vgl. ebd.

Drei Jahre später gab es erneut einen Einschnitt. Ein privater Investor kaufte einen Teil unterhalb des Planungsareals, die Kasematten und eröffnete einen modernen Gastronomiebetrieb. Im Zuge dieses Vorhabens wurden Bäume an der Hafensstraße gefällt und Teile des Parkareals mit Bauzäunen für die „Media Night“, welche in und an der neuen Lokalität abgehalten wurde, abgesperrt.

Die Absperrung des zum damaligen Zeitpunkt noch in Planung befindlichen Geländes durch einen privaten Investor, unterstützt durch den Hamburger Senat, führte umgehend zu Protesten. Ein Flugblatt mit dem Titel „That’s Gentrification“ wurde im Stadtteil verteilt, Musiker, die regelmäßig im Pudelklub auftraten und Initiativen wie die „Rote Flora“ beteiligten sich an den Protesten. Zudem wurde ein gefälschter Brief im Namen der Stadt-Entwicklungs-Gesellschaft (STEG) entworfen, in dem alle im Viertel zu der Media Night eingeladen wurden. Der Brief wurde von Seiten der STEG umgehend dementiert und in der Presse abgedruckt. Es entstanden erneut Videovorführungen, die die Vorgänge auf diesem Areal abbildeten. Somit wurden die Prozesse vor Ort zusätzlich bekannt gemacht und der Investor bekam nach der polizeiüberwachten und protestbegleiteten Media Night schlechte Presse.⁸⁸ Der Bauzaun verblieb bis 2004 auf einem Teil des Geländes.



Abbildung 3: Ausstellung auf der Documenta 11

2002 wurde das Projekt Park Fiction bei der Documenta 11, einer der bedeutendsten Ausstellungen für zeitgenössische Kunst, gezeigt. Der Anspruch war einerseits das Projekt auch für die Besucher der Documenta zugänglich zu machen, indem es möglichst schnell die Komplexität sichtbar und für den unwissenden Besucher verständlich macht. Alle Entwurfsarbeiten und Flugblätter sowie der Action Kit wurden präsentiert. Andererseits sollten dabei laut Schäfer „europäisch-museale Hängetraditionen“⁸⁹ vermieden werden. „Die Installation ist eine präzise Intervention in den Diskurs darüber zu verstehen, wie Projekte, die für einen Paradigmenwechsel in der künstlerischen Praxis stehen, in Beziehung zum Museum gesetzt werden können.“⁹⁰

⁸⁸ Klausmartin Kretschmer hatte neben der Roten Flora auch das Areal der Kasematten gekauft.

⁸⁹ Schäfer, Christoph, 2004

⁹⁰ vgl. ebd.

Nach neun Jahren seit Beginn der ersten Ideen wurde der erste Teil des Parks verwirklicht, darunter die Palmeninsel und der Fliegende Teppich (eine wellenförmig angelegte Grünanlage) und wurde aufgrund des sehr warmen Sommers und der Lage am Hamburger Hafen sehr stark genutzt, auch von solchen, die man dort nicht erwartet hatte: „Immer wenn die Sonne scheint, um fünf Uhr nachmittags, kommen zwischen 15 und 30 Dreijährige in den Park und spielen auf dem



Abbildung 4: Park Fiction, Palmeninsel und Fliegender Teppich

Fliegenden Teppich – eine Altersgruppe, über die wir gar nicht nachgedachte hatten, denn bevor der Park gebaut wurde, war sie in der Öffentlichkeit in St. Pauli gar nicht zu sehen...“⁹¹

Schäfer resümiert, dass neun Jahre für so ein kleines Projekt eine zu lange Zeit sind und dass die enge Kooperation mit Behörden immer auf einer sehr zerbrechlichen Beziehung fußte, denn die Betroffenen fürchteten immer, dass zentrale Belange und Konzepte schnell von der hoheitlichen Planung übergangen und auf „klassischem“ Wege überplant werden würden. 2004, zu einem Zeitpunkt, an dem



Abbildung 5: Park Fiction

noch nicht alle Planungen realisiert worden waren, schreibt Christoph Schäfer: „[...] wenn die Integrität des Projekts korrumpiert wird und die Entwürfe auf den gemeinsamen Nenner uninspirierter Stadtplanung reduziert werden, wie man sie an jeder Ecke sieht, werden wir die Zusammenarbeit mit einem lauten Knall aufkündigen müssen.“⁹²

Dieses Projekt, auch wenn es noch nicht in die offizielle Wirkungszeit des Netzwerks „Recht-auf-Stadt-Hamburg“ fällt, so hat es doch mit einer Idee des methodischen Vorgehens, dem Verständnis von Stadt und öffentlichem Raum und der erfolgreichen Umsetzung von stadtteilnahen Wünschen und Bedürfnissen, den späteren Werdegang des Recht-auf-Stadt-Netzwerks stark geprägt. Dabei darf man nicht davon ausgehen, dass die Wunschproduktion als zentrales Instrument der damaligen Planung endgültig ausgearbeitet wurde. Trotzdem

⁹¹ vgl. ebd.

⁹² vgl. ebd.

sind bestimmte Elemente wie der Action Kit und ein auf dem jeweiligen Areal untergebrachte „Planungsbehäusung“ unverzichtbar geworden. Im Jahr 2014, zehn Jahre nach der Realisierung des ersten Bauabschnitts und fünf Jahre nach der Gründung von Recht-auf-Stadt in Hamburg, beurteilt Nils Boeing kritisch: „Die Wunschproduktion ist keine silver bullet“, also die Lösung, die auf alles passt, so wie sie da damals abgelaufen ist. Also auch die muss sich weiterentwickeln.“⁹³

2.5.2.2 Rindermarkthalle

Noch vor der Entwicklung der PlanBude gab es zudem auch die „Wunschproduktion für das Areal Alte Rindermarkthalle“⁹⁴.

Das Areal der Rindermarkthalle war seit 1862 der zentrale Markt für Rinder und Schafe. Zwischen Bahnhof Sternschanze und dem Areal der Rindermarkthalle auf dem Heiligengeistfeld entstanden zwischen 1865 und 1888 unterschiedliche Gebäudestrukturen mit unterschiedlichen Funktionen, die unter dem Begriff „Schlachthof“ zusammengefasst werden. Nach der Zerstörung im zweiten Weltkrieg begannen in den 1950er Jahren die Wiederaufbauarbeiten. Am 16. Juni 1951 ist die Rindermarkthalle mit dem Namen „St.Pauli-Markthalle“ wiedereröffnet worden und war zu dieser Zeit „die größte freitragende Halle Europas.“⁹⁵ In den 70er Jahren wurde eine andere Halle erbaut und der Standort am Heiligengeistfeld wurde für den Viehhandel aufgegeben und neue Nutzungen wurden integriert. „1972 eröffnete das erste Einzelhandelswarenhaus und verschiedene Pächter, zuletzt Wal-Mart und Real, führten diese Nutzung bis Mitte 2010 fort.“⁹⁶ Nach Diskussionen und Protesten über mögliche Nutzungen in der Zukunft bekam die EDEKA Handelsgesellschaft Nord mbH den Zuschlag, das Gebäude zu mieten und zu entwickeln. Der Verwalter ist somit EDEKA Nord und vermietet Räume an unterschiedliche kommerzielle und soziokulturelle Nutzer. „Seit 2013 ist das Gebäude nach einer zwischenzeitlichen Nutzungsunterbrechung und dem Rückbau der teils maroden Einbauten für eine neue Einzelhandelsnutzung modernisiert und saniert worden.“⁹⁷

⁹³ Boeing, Nils, Interview

⁹⁴ Wunschproduktion Rindermarkthalle, „Eine Halle für alle!“, unter: <http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/> - abgerufen am 30.11.2014

⁹⁵ Eine Halle mit Geschichte und Zukunft , unter: <http://www.rindermarkthalle-stpauli.de/geschichte/> - abgerufen am 30.11.2014

⁹⁶ vgl. ebd.

⁹⁷ Eine Halle mit Geschichte und Zukunft , unter: <http://www.rindermarkthalle-stpauli.de/geschichte/> - abgerufen am 30.11.2014

Im Verlauf des Jahres 2010 haben Anwohner und Künstler unterschiedliche Initiativen gegründet und sich zu dem Initiativenbündnis „Unser! Areal“⁹⁸ zusammengeschlossen. Zu den Initiativen gehören unter anderem „Keimzelle“⁹⁹, „die leute:real“¹⁰⁰ und „Areal Alte Rindermarkthalle – Wunschproduktion“¹⁰¹.

Ende November 2010 starteten die Planungen rund um die Beteiligung innerhalb des Stadtteils St. Pauli/Sternschanze. Anlässlich eines Gutachterverfahrens und einer Machbarkeitsstudie und der Präsentation der einzelnen Planungsvarianten¹⁰² innerhalb eines Wettbewerbs fühlten sich bereits im



Abbildung 6: Planungswürfel

Vorfeld Anwohner und stellvertretend die Initiativen von diesen

fortgeschrittenen Planungen übergegangen. In den Dokumenten der Stadt Hamburg tauchen bis zum Jahre 2012 auch keine Informationen auf, die Bestrebungen für eine umfassende Beteiligung vorsehen. Im September 2012 wird zu einer Auftaktveranstaltung eingeladen, in

⁹⁸ Unser! Areal – „ist ein Zusammenschluss von Anwohner_innen, die sich mit der Zukunft der Alten Rindermarkthalle in St. Pauli und des sie umgebenden Areals beschäftigen. Gemeinsames Ziel ist es, den offiziellen, nach vorwiegend wirtschaftlichen Kriterien erfolgenden Planungen „von oben“ eine alternative Planungsweise entgegen zu setzen, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen orientiert.“ Das Areal der Alten Rindermarkthalle steht dabei nicht für sich, sondern in einem Kontext mit den generellen Entwicklungen in Wirtschaft und Politik, in Hamburg und darüber hinaus. Daher arbeitet Unser! Areal im Netzwerk „Recht auf Stadt“ mit anderen Gruppen zusammen, die sich gegen das vorherrschende Dogma von der Stadt als Unternehmen engagieren.

Unser! Areal vertritt nicht die Interessen einer Partei, eines Unternehmens oder eines Vereins.

Unser! Areal ist auch nicht die Vertreterin der Menschen in den umliegenden Stadtteilen, sondern die Plattform, auf der sich diese und alle Interessierten treffen, um ihre Bedürfnisse zu formulieren, Wünsche zu entwickeln und Stadtplanung selbst zu machen. Jeder ist willkommen.

Wir planen alle!“, unter: <http://unser-areal.rindermarkthalle.de/> - abgerufen am 02.12.2014

⁹⁹ Keimzelle setzt sich als Initiative für das soziale städtische Gärtnern ein. Ein erstes Projekt wurde im Hamburger Karoiviertel auf dem Ölmühlenplatz begonnen. Im Fall der Rindermarkthalle setzte sie sich für einen großen sozialen Garten auf dem Areal ein. Infos zur Keimzelle, unter: <http://keimzelle.rindermarkthalle.de/>

¹⁰⁰ Die Initiative „die leute:real“ will/wollte Beteiligungsprozesse speziell im Rahmen des Vorhabens „Rindermarkthalle“ analysieren und in einem nächsten Schritt neue Stadtplanungsansätze finden, „die niemanden ausschließen“.

¹⁰¹ Diese Initiative bildete die Plattform zur Beteiligung mit Hilfe der Wunschproduktion.

¹⁰² „Rindermarkthalle – aktuelle Termine der Vergabekommission für die soziokulturell zu nutzenden Flächen“, Downloads der Dokumente zu den einzelnen Verfahrensschritten unter:

<http://www.hamburg.de/stadtplanung-mitte/2523218/rindermarkthalle/> - abgerufen am 02.12.2014

welcher über den aktuellen Stand der Planung und über die Vergabe der stadtteilbezogenen Nutzungen im Rahmen einer Zwischennutzung informiert werden soll.¹⁰³

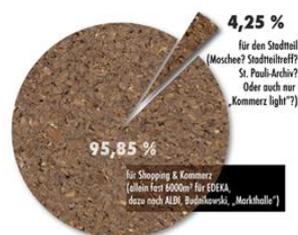
Bis zu diesem Zeitpunkt versuchten die Initiativen mit Hilfe der Methoden der Wunschproduktion einen Beteiligungsprozess zu initiieren. Bis zum 14. Dezember 2010 wurden etwa 10.000 Fragebögen in den umliegenden Stadtteilen verteilt. In einer zweiten Phase im Frühjahr 2011 wurden die Ergebnisse ausgewertet, online zur Verfügung gestellt und visualisiert. Im August 2011 sollte mit Hilfe der Installation der „Planungswürfel“ die dritte Phase der Wunschproduktion eingeleitet werden. Am 19. August 2011 standen fünf große aufklappbare und begehbare Würfel auf dem Platz vor der Rindermarkthalle. Ähnlich wie bei der Installation des Planungscontainers während der Planungen rund um Park Fiction sollten auch hier die Würfel Orte der Begegnung und der gedanklichen Umsetzung von Planungsentwürfen sein:

„Die Wände der Würfel lassen sich aufklappen und ein offener Ort der Begegnung entsteht. Tische, Hocker und eine Bibliothek befinden sich in den Würfeln. Bastelbögen, Knetmasse und Notizbücher laden ein, Ideen zu entwickeln. Die Außenwände fungieren als Wandtafeln, wo Zeichnungen und Kommentare hinterlassen werden können. Jedes Wochenende finden in den Würfeln Veranstaltungen statt. „Bastelbogen und Bauklotzen“ steht auf dem Programm und die Auswertung der Umfrage vom Herbst 2010, Diskussionsforen zu zeitgemäßen Stadtplanungsprozessen, das Stadtraumtheater am „Tag des Denkmals“ und vieles mehr.“¹⁰⁴

Einige Tage später wurde unter anderem von der Finanzbehörde die Räumung der Planungswürfel in Erwägung gezogen. Die Initiativen reagierten mit einer öffentlichen Pressekonferenz auf dem Areal der Rindermarkthalle in dem Ensemble der Planungswürfel. Bürger sollten Politiker informieren.¹⁰⁵ Einige Tage später wurde die Duldung

NUR BROSAMEN FÜR ST. PAULI?

Künftige Flächennutzung in der Alten Rindermarkthalle nach dem EDEKA-Plan:



So viel Nahversorgung muss nun wirklich nicht sein.

WIR PLANEN WAS BESSERES:
eine größere Markthalle, mehr Räume für
Stadtteilprojekte und einen Vorplatz für alle!



18.8.2012 (Sa.) 11–19 h beim Wohlwillstraßenfest
im Würfel der Wunschproduktion am Grünen Jäger
Web: <http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/> Facebook: Unser! Areal

Abbildung 7: Einladung zur Diskussion über Flächennutzung im Rahmen der Wunschproduktion

¹⁰³ Einladung zur Auftaktveranstaltung (24.09.2012) - "Zwischennutzung Rindermarkthalle - stadtteilbezogene Nutzungen", unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/3596208/data/rmh-einladung-auftakt.pdf>, abgerufen am 02.12.2014

¹⁰⁴ „Fünf Würfel sind gefallen: Für eine neue Stadtplanungskultur an der Alten Rindermarkthalle!“, unter: <http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/fuenf-wuerfel-sind-gefallen/> - abgerufen am 02.12.2014

verkündet. Die Finanzbehörde und die städtische Sprinkenhof AG hatten sich diesbezüglich geeinigt. Es wurden zahlreiche Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen in den Planungswürfeln abgehalten und wie zuvor bereits erwähnt, wurde erst September 2012 die Diskussion von Betreiberseite über zusätzliche alternative Nutzungen und Zwischennutzungen, neben den geplanten großflächigen Einzelhandelsnutzungen, eröffnet. Jedoch sollten „nur“ 800m², also ca. 4,5% der nutzbaren Fläche der Halle für andere Nutzungen bereitstehen. Aufgrund des geringen Handlungsspielraums, der den Anwohnern, Initiativen und Quartiersbeiräten der Stadtviertel eingeräumt wurde, wollten sie im weiteren Planungsverlauf innerhalb einer Stadtteilkommission mit dem Hauptmieter Edeka Nord und der Projektentwicklungsfirma Maßmann & Co nicht kooperieren. Es folgte ein zehnmonatiger Austauschprozess. Am 06. Juni 2013 verkündet das Bezirksamt: „Prozess der Anwohnerbeteiligung bei der Rindermarkthalle erfolgreich! Vergabekommission vergibt 800m² subventionierte Mietflächen für stadtteilbezogene Nutzungen.“¹⁰⁶

Als Fazit wird von Initiativenseite bekannt gegeben:

„Seid doch nicht immer so negativ, wird der eine oder die andere jetzt vielleicht denken. Stimmt, seien wir mal positiv: die Music Hall, die niemand im Stadtteil wollte angesichts von noch mehr Eventisierung, ist nicht gekommen. Und es gibt im Obergeschoss 800 qm „soziokulturelle Nutzungen“, die ohne das Insistieren der Wunschproduktion, von die leute:real und der Keimzelle womöglich gar nicht gekommen wären.“

Das war's dann aber auch schon. Viele andere Ideen der Anwohner*innen – neben dem Stadtteilgarten Indoor-Spielplatz, Ateliers, Proberäume, Werkstätten und nicht-kommerzielle, frei-gestaltbare Räume fürs Viertel – sind nicht einmal erwogen worden.

Denn es gab keine Anwohner-Beteiligung. Die Projektplaner von Maßmann & Co haben eine Beteiligung mit Vertreter*innen von Parteien und Einrichtungen (neudeutsch: Stakeholder-Beteiligung) im Auftrag von Edeka Nord durchgeführt. In der ging es ausschließlich um die 800 qm der soziokulturellen Nutzungen. Die „Stakeholder“ durften also gewissermaßen in einem Malbuch einen Ärmel ausmalen. [...]

¹⁰⁵ Auszug aus dem Aufruf zur Pressekonferenz: „Deshalb geht's heute (Dienstag, 23.08.2011) ab 11 Uhr aufs Areal; um 12 Uhr ist Pressekonferenz und ab 14 Uhr das Programm „Bürger_innen informieren Politiker_innen“. Kommt, wenn ihr könnt!“, unter:

http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/pressemitteilung-finanzbehorde-erwagt-raumung-der-planungswurfel-auf-dem-areal-anwohner_innen-informieren-politiker_innen/ - abgerufen am 02.12.2014

¹⁰⁶ <http://www.hamburg.de/contentblob/4042114/data/pressemeldung-bam130606.pdf> - abgerufen am 02.12.2014

Last but not least: Für das Karo Viertel ist gut, dass es wieder einen Vollsortimenter in der Nähe hat. Und für die Mieter*innen der soziokulturellen Flächen ist es gut, im völlig überbelegten St. Pauli endlich einmal erschwingliche Gewerbeflächen gefunden zu haben.

Alles in allem lautet unser Fazit: Der Bezirk hat 2011 eine gute Gelegenheit verschenkt, Anwohner*innen ein städtisches Areal entwickeln zu lassen, und das jetzige Konzept ist nicht zukunftsgewandt.

Sollte Edeka Nord mit dem Konzept scheitern, werden wir die Wunschproduktion wieder aufnehmen. Bis dahin bleiben wir kritische Beobachter*innen der Rinder-Mall St. Pauli.¹⁰⁷

An diesem Fallbeispiel lässt sich das Wirken einzelner Initiativen aus dem Bündnis Recht-auf-Stadt sehr gut nachvollziehen. Die Wiederaufnahme der Wunschproduktion als alternatives Planungsinstrument, die eigenverantwortliche Aneignung von Räumen als Orte der Planung, die Selbstinitiierung von Bürger- und Anwohnerbeteiligung auch ohne offizielles Mandat. An diesem Punkt kann man die Enttäuschungen über zu wenig zugewiesenen Raum für stadtteilnahe Nutzungen durchaus verstehen, jedoch wurde der Diskurs über diesen Ort von Seiten der Initiativen angeregt und höchstwahrscheinlich die Chance, über stadtteilnahe Nutzungen zu verhandeln, erst durch die Planungsambitionen von Anwohnern und Initiativen herbeigeführt. 800m² sind hierbei das reale Ergebnis.

2.5.2.3 PlanBude

Ein aktuelles Beispiel, bei dem ebenfalls der Versuch unternommen wird mit Hilfe der Wunschproduktion einen alternativen Planungsprozess einzuleiten und ergebnisoffen zu arbeiten, ist das Konzept der „PlanBude“ im Stadtteil St. Pauli. Ein Konzept das grundlegend auf der Methodik des Prozesses rund um Park Fiction aufbaut und dabei ebenfalls einen interdisziplinären Ansatz



Abbildung 8: „Wir nennen es PlanBude“ – Christoph Schäfer

¹⁰⁷ „Letzte Worte zur Rinder-Mall St. Pauli“ (16.09.2014), unter: <http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/letzte-worte-zur-rinder-mall-st-pauli/> - abgerufen am 02.12.2014

verfolgt. Dabei sollen die Disziplinen Stadtplanung, Architektur, Bildende Kunst, Urbanismus, Stadtteilkulturarbeit, Soziale Arbeit und Soziologie miteinander verknüpft werden. Die Aussage, dass die „PlanBude auf eine aus dem Alltag entwickelte Imaginationskraft [setzt]“¹⁰⁸ zeigt eine enge Verknüpfung mit den Ausführungen von Henri Lefebvre, der „das Alltagsleben immer wieder als Ort >>des Wirklichen und des Möglichen<< beschwört“.¹⁰⁹ Die inhaltliche Arbeit der PlanBude konzentriert sich schwerpunktmäßig mit dem Standort der ehemaligen Esso-Häuser, auf dem eine erneute Wohnnutzung grundsätzlich vorgesehen ist und im weiteren Prozess Varianten anderer und zusätzlicher Nutzungen entwickelt werden sollen. Von diesem Standpunkt aus unterscheidet sich das Verfahren zu Park Fiction allein von der unterschiedlichen Ausgangslage. Bei Park Fiction sollte einer geplanten Wohnnutzung eine andere entgegengesetzt werden, nämlich die einer öffentlichen Parkanlage. Es sollte zunächst einmal eine bauliche Verdichtung, einhergehend mit der Befürchtung weiterer Verdrängungsprozesse, verhindert werden. Der Planungsanlass bei der PlanBude ist ein anderer: Essohäuser. Die Initiative Esso-Häuser konnte ihr primäres Ziel, den Abriss der Esso-Häuser, zwar nicht erreichen, jedoch hat die Debatte die Möglichkeit für die PlanBude eröffnet, vor dem Hintergrund der „Hypergentrifizierung, Disneyfizierung und Standardisierung der Reeperbahn [...]“¹¹⁰, ein aus dem Planungsalltag entwickeltes Konzept als Basis für den Architekturwettbewerb zu entwickeln.

2.6 Weitere Interviewauswertung

In den nun folgenden Abschnitten sollen Aussagen über die Methodik, die Erfolge, das Netzwerk Recht-auf-Stadt auf nationaler Ebene, Kooperationen mit Behörden und die repräsentative Wahrnehmung von Interessen aus den geführten Interviews herausgearbeitet werden. Diverse Interviewaussagen wurden bereits in die vorangegangenen Kapitel eingearbeitet.

¹⁰⁸ Planbude: „Wir nennen es Planbude“, unter: <http://planbude.de/planbude-konzept/> - abgerufen am 04.11.2014

¹⁰⁹ Ronneberger, Klaus (2014): Vorwort zur Neuauflage - Die Revolution der Städte wieder lesen, S.15

¹¹⁰ vgl. ebd.

2.6.1. Methodik

Die Aussagen innerhalb dieser Auswertungskategorie sollen die Wirkungsweisen der Bündnisse aus der Sicht der Recht-auf-Stadt-Akteure darstellen. Im Fall Hamburg werden diese durch weitere Aussagen von Seiten der Behörden ergänzt.

Neben der Wunschproduktion hat es laut Boeing schon immer auch die „klassischen“ Methoden gegeben, etwa Demos oder Besetzungen. „Ich hab da gerade was am Samstag in Heidelberg auf der Recht-auf-Stadt-Konferenz erzählt. Also: Was haben wir eigentlich für Aktionsformate gehabt? Also man kann schon sagen, was jetzt vielleicht bei dem Recht-auf-Stadt hinzugekommen ist, von dem, was es eh immer gab. Wenn Bambule-Demo war oder auch Besetzungen. Also: Das gehört nach wie vor immer noch dazu. Aber es hat doch sehr viele Aktionen gegeben, die nochmal anders sind. Also entweder, dass man in den öffentlichen Raum reinspielt, zum Teil wirklich mit Spielen haben wir das gemacht. Dass es sehr viele Aktionen gegeben hat, die in Richtung Performance gehen, also einen leichten Kunstcharakter haben, aber auch, dass man einfach angefangen hat selber zu planen.“¹¹¹ Letzteres bezieht sich auf die Methodik der Wunschproduktion.

Die verschiedenen Methoden bauen allerdings nicht immer aufeinander auf, sind selten systematisch miteinander verbunden oder werden nebeneinander eingesetzt. Ihr Einsatz hängt häufig ab vom Einzelfall und welche Gruppierungen auf welches Ereignis, in welchem Kontext, zu welchem Zeitpunkt reagiert.

Bei Recht-auf-Stadt-Ruhr gestaltet sich das in der gegenwärtigen Anfangsphase des Bündnisses noch etwas anders, da zunächst Aufmerksamkeit erregt werden soll und der Umwelt mitgeteilt wird, dass es eine alternative Beteiligungsplattform gibt.

„Als methodisches Vorgehen könnte man die breit gestreute Medienkampagne bezeichnen, den Einsatz von Neuen Medien, durch die auf der Homepage bereitgestellte Initiativenkarte und das Touren durch die Ruhrgebietsstädte, da an diesem Zeitpunkt unserer knapp einjährigen Arbeit noch immer die Information und Beteiligung (Aktivierung) im Vordergrund steht. In Kürze bieten wir einen Workshop für alte und neue BefürworterInnen an, in dem gemeinsam das weitere Vorgehen abgestimmt wird. Dies kann urbane Interventionen enthalten, aber wir sind auf kein Konzept festgelegt, sondern leben vielmehr von den Ideen, die die TeilnehmerInnen selbst einbringen.“¹¹²

Das noch junge Netzwerk Recht-auf-Stadt-Ruhr kann sicherlich noch nicht auf ein bereits bewährtes selbstentwickeltes Methodenkonzept wie das der „Wunschproduktion“

¹¹¹ Interview, Nils Boeing

¹¹² Interview, Recht-auf-Stadt-Ruhr

zurückgreifen und dieses flexibel auf bestimmte Vorhaben anwenden, jedoch könnten sie in Zukunft, auch wenn es sich um einen durch demographische Entwicklungen anders geprägten Raum handelt, bestimmte Elemente bereits entwickelter Konzepte in ihren Planungs- und Aktionsalltag aufnehmen. Die Aktivierungsphase ist in Hamburg sicherlich auch noch lange nicht abgeschlossen, jedoch gibt es mittlerweile genug Beteiligung und mediale Präsenz um zu „klassischen“ Aktionsformaten wie Demonstrationen oder Besetzungen aufzurufen und diese durchzuführen. Auch hat sich die Methodik von der „Unmutsbekundung“ durch Demonstrationen und Hausbesetzungen, der Besetzung von und dem Spiel in öffentlichen Räumen hin zu kreativen Planungsprozessen weiterentwickelt und doch wird auf keines dieser Formate verzichtet. Sie werden nur unterschiedlich eingesetzt.

2.6.2 Erfolge

Bei der Frage nach Erfolgen stellt sich der Bewertungsmaßstab auch sehr unterschiedlich dar. Für Recht-auf-Stadt Ruhr ist es in der Anfangsphase ein Erfolg, wenn möglichst viele Leute zu ihren Informationsveranstaltungen kommen: „Wie bereits erwähnt, hatten wir großen Zustrom zur ersten ruhrgebietsweiten Recht-Auf-Stadt-Konferenz im vergangenen August, die im Bahnhof Langendreer in Bochum stattgefunden hat. Im aktuellen Prozess der ruhrgebietsweiten Manifest-Tour kommen nach dem, was wir aus den bisherigen zwei Veranstaltungen sagen können, zwischen 50 und 70 Leute, die sowohl aus der Lokalpresse als auch aus den einschlägigen, links gerichteten Medien und diversen E-Mail-Verteilern von den Veranstaltungen erfahren.“¹¹³

Für ein mittlerweile in Hamburg etabliertes Bündnis wie das von Recht-auf-Stadt-Hamburg, welches schon diverse Aktionen initiiert hat, wird die Frage nach Erfolg beziehungsweise Misserfolg wiederum ganz anders beurteilt:

„[...] Und das ist eigentlich schon die Stärke gewesen, dass es nachvollziehbarer wird und dass die Leute merken: „Ok, wenn ich jetzt hier was mache, ändere ich zwar nicht das große Ganze, aber ich hab auch mal an einem Punkt irgendwas gemacht. Im Idealfall bekomme ich den Ort, so wie beim Gängeviertel oder ich verhindere das Schlimmste wie beim Bernhard-Nocht-Quartier und möglicherweise bei den Esso-Häusern. Das ist also das eine und das zweite ist, dass diese ganze, für außen schon, glaube ich, recht diffuse Aktivität so einer außerparlamentarischen Stadtbewegung natürlich den Diskurs in der Stadt ändert über

¹¹³ Interview, Recht-auf-Stadt-Ruhr

Stadtentwicklung, über Sozialwohnungsbau, Mieten und so. Und da würde ich sagen ist es der größte Erfolg wahrscheinlich, den wir in den fünf Jahren gehabt haben, dass jetzt über bestimmte Sachen diskutiert wird und auch die Politik sich dazu verhalten muss. Sie muss inzwischen Position dazu beziehen. Sie kann nicht mehr sagen: „Ist doch kein Problem.“ Diese Versuche gab es natürlich auch immer zu sagen: „Das Problem ist gar nicht existent, das ihr anprangert.“ Aber wenn man sich das anguckt, dann ist es eigentlich nicht so, dass das noch so ist. Ich sag mal: Diese Gegenreaktion wird immer seltener. Das fing damit an 2009, dass zum Beispiel Adrej Holm zu einem Ausschuss von der Bürgerschaft eingeladen wurde, um mal was über Gentrifizierung zu erzählen. Das wäre natürlich vorher nicht der Fall gewesen. Das geht dann weiter damit, dass die SPD sich das Thema Wohnungsbau in zwei Programmen zusammengeschrieben hat. Das hätte sie nicht unbedingt machen müssen, wenn es nicht vorher thematisiert worden wäre. Dann wieder die Meldepflicht von Leerstand, die 2013 rechtskräftig wurde. Das heißt: Die Politik verhält sich schon inzwischen. Auch wenn wir dann reden über das Stichwort Beteiligung. Auch da wird jetzt plötzlich irgendeine Form der Beteiligung gesetzt, ob das jetzt toll ist oder nicht, ist eine andere Sache. Aber vorher war das höchstens was, was jemand mal so als Zückerchen herausgegeben hat. [...]Im Stadtdiskurs hat sich da was geändert. An den einzelnen Orten eher zum Teil und das ist jetzt so ein Begriff, den ich dann für mich mir überlegt habe im Anschluss an dieses „Verräumlichung der Konflikte“ von Christoph, dass ich sage, was wir natürlich jetzt bräuchten oder mehr darauf achten müssten, wäre, glaube ich, eine „Verstetigung von Lösungen“ [Beständig machen von Lösungen]. Das zum Beispiel die Planbude ein Modell wird, nicht ein einmaliger Fall, den sich besonders widerspenstige Anwohner/Anwohnerinnen erkämpft haben, sondern die Stadt auch erkennt, das ist eigentlich ein gutes Verfahren. „Das machen wir jetzt auch bei anderen vergleichbaren Projekten“. Man würde es jetzt natürlich nicht machen, wenn man jetzt hier so einen maroden Altbau in einem Straßen-/Wohnviertel herunter reißt. Aber sagen wir mal, du hast stadteigene Immobilien, große Flächen oder eben doch richtig große Bauvorhaben von einem privaten Eigentümer, bei dem einfach klar ist, dass die eine enorme Ausstrahlung haben werden für den Stadtteil und das wäre halt schön. Neue Standards setzen und da kann man natürlich im Moment nicht absehen: „Kommt das so?“ Weil sonst wird in 3 Jahren wieder ein ähnlicher Fall sein. Dann geht das Spiel wieder von vorne los. Das ist wahnsinnig kräftezehrend für alle Beteiligten und für manche Leute, die direkt betroffen sind auch enorm deprimierend. Wenn man dann wirklich direkt in so einem Gebäude ist als Mieter oder Mieterin, da gehen irgendwie Jahre deines Lebens drauf, wo du in ständiger Angst lebst: „Muss ich weg? Muss ich raus? Kann ich überhaupt noch in dem Stadtteil weiter leben?“ Das könnte man, glaube ich, durch neue Verfahren, wo Anwohner immer von Anfang an dabei sind, zumindest abmildern.“¹¹⁴

¹¹⁴ Interview, Nils Boeing

Zusammenfassend kann man also sagen, dass die Erfolge für Boeing darin liegen, dass man Bürger für bestimmte Problemlagen in der Stadt sensibilisieren und in einem nächsten Schritt diese auch für Proteste und alternative Planungsprozesse mobilisieren kann, gerade auch dann, wenn eine Vielzahl von Personen durch bestimmte Vorhaben selbst betroffen ist. Auch der politische Diskurs um Wohnungsbau und Themen wie Gentrifizierung hätte sich gewandelt und somit fänden angesprochene Problemlagen vermehrt Aufmerksamkeit. Letztendlich geht es für Boeing auch darum nicht nur Konfliktfelder in der Stadt sichtbar zu machen, sondern bereits entwickelte Lösungskonzepte weiterzuentwickeln und kontinuierlich anzuwenden.

Das Netzwerk weist nicht nur Erfolge auf und es wird auch deutlich, dass es oft auch an materiellen, personellen und zeitlichen Ressourcen scheitern kann:

„Das liegt natürlich auch daran, bestimmte Orte oder Vorhaben, die verliert man auch mal, die sind dann auf einer Karte noch irgendwo zu sehen, aber eigentlich findet an diesen Orten nichts mehr statt. Also Neue Mitte Altona ist ja im Moment, aus Recht-auf-Stadt-Perspektive wird es nicht bearbeitet, oder Große Bergstraße. Auch das ist irgendwie im Moment ein bisschen, da haben sich einige sehr bewundernswert abgerackert, die Bergspitze da schräg gegenüber vom IKEA, aber du kannst es alles nur so und so lange machen, oder Rindermarkthalle. Ich finde es ja auch eine riesige Enttäuschung jetzt während der Eröffnung, was daraus geworden ist. Da könnte man jetzt natürlich sagen, ok, was haben wir Positives erreicht. Ja, es gibt stadtteilnahe Nutzungen für 5 Euro auf den Quadratmeter. Jetzt können wir überlegen, sind es fünf Prozent, zehn Prozent, 15 Prozent an dem Gesamtvorhaben, was besser ist, als wenn wir nichts gemacht hätten. Aber das sind natürlich auch Dinge und gerade Leute, die nach zwei Jahren aus so einem verlorenen, oder halbverlorenen Kampf rauskommen. Die sind dann echt ausgepowert. Also: Es ging mir genauso und dann kommt die Energie plötzlich wieder, dann passiert eine Weile nichts, irgendwas passiert wieder und du siehst so: „Ah da sind doch Funken zu schlagen, das ist ja toll!““¹¹⁵

Für Jörn Walter¹¹⁶ liegt der Erfolg der Arbeit von Initiativen vor allem in der Förderung des Bewusstseins für bestimmte Probleme und Problemlagen innerhalb der Stadtentwicklung: „Naja, insgesamt sind diese Initiativen ja nicht alle ganz gleich, da muss man, glaube ich, auch sehr unterscheiden. Aber sie haben ja sicherlich eines bewirkt, dass natürlich die Aufmerksamkeit auch auf die Probleme, die wir in der Stadtentwicklung so haben, die teilweise im engeren Sinne mit Stadtentwicklung, teilweise mit ganz anderen Problemen der

¹¹⁵ Interview, Nils Boeing

¹¹⁶ Oberbaudirektor der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)

Gesellschaft zu tun haben, sicherlich geschärft worden ist und da auch eine andere Sensibilität erreicht haben. Das gilt sowohl jetzt für diese ganze Diskussion um diese Frage von Aufwertung und Preissteigerung im Wohnungsbau. Und da haben wir natürlich einen sehr gespaltenen Wohnungsmarkt durch die Knappheit im Augenblick. Das wir im Neubaubereich eben Preise haben, die tatsächlich nicht von jedermann zu bezahlen sind. Es galt aber auch, wenn Sie das Gängebeispiel nehmen, um diese ganze Frage: Wie ist das eigentlich mit kulturellen Initiativen? Können die noch hier eigentlich Mieten bezahlen, oder nicht mehr in der Stadt? Also dasselbe Thema, aber mehr in diesem kreativ, künstlerisch-gewerblichen Bereich. Also diese Themen sind ja objektive Probleme und da haben sie sicherlich das Bewusstsein geschärft und an der einen oder anderen Stelle durchaus Erfolge erzielt, weil die Politik sich da ja auch zunehmend mit auseinandersetzen musste: Wie sichern wir eigentlich kostengünstige Mieten, auch in der Stadt?“

2.6.3 Netzwerk

Bei den Fragen rund um Netzwerke und Kooperationen ging es darum, Informationen und Einschätzungen über das Verhältnis der einzelnen nationalen Recht-auf-Stadt-Bewegungen zueinander zu sammeln und zu klären, ob es dabei bereits zu einem Informationsaustausch gekommen ist. Dabei muss beachtet werden, dass sich die Recht-auf-Stadt-Bewegungen in den einzelnen Städten zu unterschiedlichen Zeitpunkten und Problemlagen gegründet haben.

„Wir haben auf unser Manifest positive Reaktionen aus anderen Initiativen deutschlandweit erhalten. Im lokalen Kontext gibt es sicherlich unterschiedliche Themengewichtungen, die eine Zusammenarbeit nicht erfordern. Trotz der generellen Zustimmung zu unseren Bündnispartnern sind wir durch die vergleichsweise entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt durch den demographischen Übergang in Verbindung mit Schrumpfung beispielsweise weniger am Thema „Wohnungsnot“ organisiert als Metropolen wie Hamburg oder Berlin. Dies liegt sicherlich auch an der informellen Organisation der örtlichen Recht-auf-Stadt-Gruppen. Es handelt sich in diesem Sinne ja um keinen Verein, der in der monatlichen Vereinszeitschrift über die neuesten Aktivitäten informiert.

Synergien ließen sich nutzen, wenn es in anderen Städten/Initiativen ähnliche Ausgangsbedingungen gäbe wie im Ruhrgebiet: Agglomerationen, hohe Population, hohe Infrastrukturdichte. Eine Befürchtung wäre jedoch, dass die Vorteile der

Lokalisierungsbestrebungen der Recht-auf-Stadt-Initiative auf der Mikroebene hierdurch wieder verschwinden könnten.“¹¹⁷

Aus der Sicht von Recht-auf-Stadt-Ruhr kommt es also auf die Thematik als gemeinsame Diskussionsbasis an. Wenn es diesbezüglich wenig Überschneidungen gibt, sieht sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch wenige Vorteile in der Kooperation.

In dem geführten Interview wurde Nils Boeing von Recht-auf-Stadt-Hamburg mit dieser Aussage konfrontiert und er stimmte zunächst zu, sieht aber dennoch sehr großes Potential in dem Austausch mit den Bewegungen anderer Städte. Hier ein Auszug aus dem geführten Interview:

Nils Boeing: „Das stimmt, das weiß ich jetzt auch von Leuten aus Bochum, die sagen immer: „Mietenwahnsinn, das ist nicht unser Problem.“ Andererseits fasst natürlich diese Recht-auf-Stadt-Geschichte noch mehr Aspekte als nur Mieten. Es geht auch um Arbeit oder Räume, um zu arbeiten oder dann eben auch die Teilhabe an der Stadt. Bei Lefebvre sind diese Punkte auch schon irgendwo alle angerissen und klar, im Ruhrgebiet sind nicht alle Punkte relevant.“

Nils Polzin: „Aber grundsätzlich, so hab ich mir das vorgestellt, könnte man ja trotzdem aus so einem, zunächst mal nationalen Netzwerk, wie sagt man immer so schön, Synergieeffekte erzeugen, weil man allein schon über die Methode der Wunschproduktion sprechen könnte.“

Nils Boeing: „Ja, deswegen ist es ja auch nicht unerheblich, dass man mal rausgeht und das vorstellt. Also jetzt am Samstag bin ich nochmal in Köln und werde nochmal ein bisschen was dazu erzählen. Und für die anderen Städte ist das natürlich gar nicht so uninteressant, wenn wir jetzt so einen Vorlauf hatten. Fünf Jahre ist ja schon ein Zeitraum, wo man dann mal schon ein bisschen reflektieren kann, was gelaufen ist? Ja, es gibt immer Ideen, wie man da eigentlich alles immer noch viel besser vernetzt und so, aber dann wäre es eigentlich ein Job für ein paar Leute. Wenn ich wüsste, dass ich irgendwie das Geld hätte, dann würde ich mich wahnsinnig gerne in diese Vernetzung zum Beispiel reinhängen.“

Nils Polzin: „Also, da siehst du auf jeden Fall Potential?“

Nils Boeing: „Ja, ja. Also, ich habe ja mal am Anfang dieses Recht-auf-Stadt-Wiki aufgesetzt, also parallel zu der Recht-auf-Stadt-Seite, das wir eigentlich sehr schnell so angelegt haben, dass es für alle Städte ist. Sagen wir mal alle deutschsprachigen Städte. Aber wie das bei diesen ganzen tollen Dingen ist: Du brauchst immer ein paar Leute, die den Anschlag geben

¹¹⁷ Interview, Recht-auf-Stadt-Ruhr

und Inhalte da auch reinstellen und dann kommt irgendwann vielleicht der Sog. Das ist irgendwie sehr verwaist und das schmerzt mich immer, wenn ich mal wieder auf die Seite gehe, wobei ich froh war, als ich in Heidelberg hörte, dass selbst das bisschen, was da steht, den Leuten schon geholfen hat, um so ein bisschen Orientierung zu finden. Das wäre jetzt eine Methodik. Man könnte auch sagen, ok, man muss jetzt jedes Jahr ein bundesweites Vernetzungstreffen machen. Dass das alles so chaotisch und langsam geht, das hat wirklich damit zu tun, dass wirklich alle Leute irgendwie gucken müssen, wo sie ihre Kröten herbekommen. Also das ist der limitierende Faktor: Zeit und Einkommen.“

Neben den genannten Schwierigkeiten bestimmte Bestrebungen innerhalb des Netzwerks nur bedingt auszuführen, aufgrund von Zeit und Geldmangel, lassen sich dennoch Ansätze für einen bundesweiten Austausch erkennen. Kurz vor dem Interview war Nils Boeing in Heidelberg auf einem Recht-auf-Stadt-Kongress¹¹⁸, bei dem er unter anderem über die verschiedenen Aktionsformate aus Hamburg berichtete. Kurz nach dem Interview sollte er in Köln einen Vortrag halten. David Templin, der unter anderem den Artikel: „Stadtplanung von unten – Die >>Recht auf Stadt<< Bewegung in Hamburg“¹¹⁹ verfasst hat, verweist im Interview auf eine gemeinsame Presseerklärung im Rahmen einer Demonstration gegen steigende Mieten (2012) der Recht-auf-Stadt-Bewegungen aus Hamburg und Berlin¹²⁰, einem bundesweiten Treffen im Jahr 2013 und einem internationalen Kongress der Right-to-the-City-Alliance in New York¹²¹:

„Es gab in Hamburg zeitweise jedes Jahr so eine große Demo im Herbst gegen steigende Mieten und so und 2012 haben wir das nochmal gemacht und haben zufällig eine Woche vorher festgestellt, dass parallel auch in Berlin und in Freiburg eine Demo gegen steigende Mieten war. Also wir haben das echt zufällig festgestellt und dann noch ein paar Tage vorher eine Presseerklärung zusammen rausgehauen und sind dann auch sogar in der Tagesschau gelandet. Also es war dann eher so ein spontanes Ding und dann gab es 2013 den Versuch mal so ein bundesweites Treffen mit verschiedenen Initiativen zu machen zu diesem Mietenthema, wo dann Gruppen aus Düsseldorf, Freiburg, Berlin, Hamburg, München, Ruhrgebiet und so die ganzen Städte waren. Und dann gab es im September 2013 so einen Aktionstag unter dem Motto: „Keine Profite mit der Miete“, aber das ist es letztlich auch. Ich würde sagen: Es ist zum Teil schwierig – so eine Vernetzung in diesem Feld, also eine Vernetzung vielleicht schon, aber so eine kontinuierliche Zusammenarbeit, weil es natürlich stark lokale Themen sind und jede Stadt hat ihre. Klar gibt es bestimmte Phänomene, die

¹¹⁸ Kongress in Heidelberg, mehr Informationen unter: <http://rechtaufstadt2014.wordpress.com/kongress/> - abgerufen am 29.11.2014

¹¹⁹ Templin, David (2011), a.a.O.

¹²⁰ Ein Videoausschnitt aus der Berichterstattung der Tagesschau (10.11.2012) unter: <https://www.youtube.com/watch?v=imohQeGOOIO> – abgerufen am 29.11.2014

¹²¹ Right-to-the-city-alliance, New York, unter: <http://righttothecity.org/> - abgerufen am 29.11.2014

sich wiederholen, aber jede Stadt hat natürlich erstmal mit ihren eigenen Konflikten zu kämpfen und mit ihren eigenen politischen Gegnern oder Adressaten.“¹²²

[...]

„Ja es gibt auch internationale Ansätze, zum Beispiel jetzt in New York, ein Treffen dieser Right-to-the-City-Alliance, wo jemand aus Hamburg dabei war [...] gerade in Spanien gibt es ja so eine Welle von Zwangsräumungen, also das ist ja nochmal ein ganz anderes Phänomen als hier. Also es gibt ja einerseits Berichte hier drüber, aber es wurden auch Informationsveranstaltungen gemacht. Gerade im Frühjahr wurden Leute aus Spanien, Italien, Griechenland eingeladen – auch nach Deutschland – und haben so eine Rundreise gemacht. Die erzählten aus ihren Erfahrungen und über ihre Auseinandersetzungen.“¹²³

Insgesamt findet also generell ein Informationsaustausch im Rahmen von nationalen und vereinzelt internationalen Vernetzungstreffen statt. Jedoch könnte dieser, laut Aussagen von Boeing und Templin, wesentlich intensiver betrieben und gepflegt werden. Auch hierbei sind materielle, personelle und zeitliche Ressourcen limitierende Faktoren, die die Arbeit erschweren. Dabei muss man beachten, dass nicht alle Mitglieder der jeweiligen Netzwerke gleichermaßen aktiv sind und sich für die Ausdehnung des Netzwerks einsetzen. In diesem Jahr wurde jedoch ein neues Netzwerk bzw. Bündnis in Hamburg gegründet. Unter den Gründungsmitgliedern sind auch einige aus dem Recht-auf-Stadt-Netzwerk. Das „Nordnetz Hamburg“ ist ein Netzwerk aus 16 Bürgerinitiativen aus dem Hamburger Norden und verfolgt teilweise ähnliche Ziele, wie das Recht-auf-Stadt-Netzwerk in Hamburg, jedoch sind Ansätze und Zusammensetzung laut Boeing grundverschieden:

[...] also was zum Beispiel total interessant ist, ist das Nordnetz, was jetzt eine Schnittmenge mit dem Recht-auf-Stadt hat. Aber es gibt auch einige der Initiativen im Nordnetz, die ganz explizit nicht bisher bei Recht-auf-Stadt mitmachen wollen, weil sie sagen: „Wir wollen nicht in einem Ding mit der Roten Flora und diesem Umfeld sein.“ Es ist dann echt schon bürgerlicher und manches eher so die klassische Bürgerinitiative. [...] Im Nordnetz sind vielleicht 14, 15 Initiativen, davon glaube ich sind drei oder vier Initiativen auch bei Recht-auf-Stadt. Das sind sozusagen die Verbindungsleute. Das aus so einem Umfeld dieser Impuls von Recht-auf-Stadt ein paar Jahre später die Gründung dieses Nordnetzes bewirkt, selbst wenn es etwas bürgerlicher ist, finde ich aber nicht schlecht, weil ich glaube, es wäre nicht entstanden, wenn es nicht vorher Recht-auf-Stadt gegeben hätte.“¹²⁴

¹²² David Templin, Interview

¹²³ vgl. ebd.

¹²⁴ Nils Boeing, Interview

Eine solche „Verbindungsinitiative“ wäre beispielsweise „Eden für Jeden“¹²⁵, eine Kleingärtnerinitiative, welche ihre Kleingärten zwischen der Alten Wöhr und der Hebebrandstraße in Hamburg bewahren möchte. Neben einer Internetplattform gab es in diesem Jahr eine Erstausgabe der gleichnamigen Zeitung „Nordnetz“¹²⁶, in der sich das Netzwerk mit den jeweiligen Themenschwerpunkten vorstellt.

2.6.4 Kooperation mit Behörden

Die gestellten Fragen unter diesem Aspekt sollten darauf abzielen bestimmte Bestrebungen und Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit Behörden zu identifizieren. Das heißt, ob es möglicherweise Kooperationen bei bestimmten Aktionsformaten, Beteiligungs- und Informationsveranstaltungen zwischen den Recht-auf-Stadt-Netzwerken oder einzelnen Initiativen und Stellen der Behörden gegeben hat.

Bei der Beschreibung der Fallbeispiele und in der Kategorie „Erfolge“ wurde bereits deutlich, dass sich die Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Behörden aus Sicht von Recht-auf-Stadt als schwierig erwiesen hat. Es wurde aber auch erwähnt, dass der politische Diskurs in den letzten Jahren für bestimmte Problemlagen wie beispielsweise die der Gentrifizierung sensibilisiert worden ist. Das noch junge Aktionsbündnis Recht-auf-Stadt-Ruhr antwortet auf die Frage, welche Chancen und Schwierigkeiten sie in dem Verhältnis von städtischen Politikern bzw. Verwaltungen und ihrer Initiative sehen:

„Grundsätzlich zeigt der erste Blick auf die öffentlichen Verwaltungen, dass sie wie alle Institutionen unserer Zeit in einem Korsett aus Befugnissen, Haushaltsfragen und Koalitionen gefangen sind, die das Vorankommen in wichtigen sozialen Fragen erschweren. [...] Diese Verkettung von unglücklichen Umständen hat in der Vergangenheit zu einer Stagnation der lokalen Innovationsprozesse geführt. Obwohl einige LokalpolitikerInnen, Angehörige der Stadtverwaltung und des Regionalparlaments Regionalverband Ruhr (RVR) teilweise persönlich sehr aufgeklärt sind und im Privaten mit progressiven Ideen sympathisieren, befinden wir uns auf einem steinigen Weg. Der entscheidende nächste Schritt wäre die shrinking coalition¹²⁷ als positives Image der Stadtentwicklung soweit voranzutreiben, dass

¹²⁵ Initiative „Eden für Jeden“, unter: <http://www.eden-fuer-jeden.de/> - abgerufen am 30.12.2014

¹²⁶ Erstausgabe des „Nordnetz“ abrufbar unter: <http://www.nordnetz-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/05/NordnetzZeitungAusgabe1Web.pdf> - abgerufen am 30.12.2014

¹²⁷ Zum Begriff der „shrinking coalition“ folgt hier eine kurze Erläuterung:

„Eine langfristig wirksame Alternative muss deshalb idealer Weise, genau wie die ‚Growth Coalition‘, gleichzeitig eine politische und ökonomische Alternative verkörpern – und auch verständlich aufzeigen. Nennen wir diese Alternative die ‚Shrinking Coalition‘. Die ‚Shrinking Coalition‘ versucht all Jene zusammenzubinden, die positiv etwas daraus machen wollen, dass das Ruhrgebiet schrumpft und kaum neue industrielle

das persönliche Interesse sich in konkreten Lockerungen der Mainstream-Verwaltung niederschlägt. Ein Beispiel hierfür wären die Verantwortlichkeiten bei Zwischennutzungen, die generell gutgeheißen werden, ohne entsprechende Finanzierung und Koordinierungsstellen aber oftmals ins Leere laufen, da die örtlich Zuständigen zu hohe Risiken durch informelle Einigungen fürchten, denn Zwischennutzer befinden sich immer in Graubereichen der Planung.

Wir träumen von einer Welt, in der ein gutes Projekt Gehör bei den örtlichen Zuständigen findet, die ihre Ideen wiederum vertrauensvoll in das Projekt einfließen lassen und nicht zuletzt mit Mitteln der Allgemeinheit – ganz oder in Teilen – realisieren. Dass die Realität anders aussieht, haben wir oben bereits erwähnt. Zur Realisierung braucht es zum einen sicherlich einen intensiveren Austausch, also neue Formate der Bürgerbeteiligung auf kleinster Ebene, aber dann, im zweiten Schritt, auch anschauliche Beispiele (best practice), um die Vorzüge der jeweiligen Projekte einer breiten Öffentlichkeit im Ruhrgebiet bekannt zu machen.“

Aus diesen Aussagen lässt sich erkennen, dass sich die Zusammenarbeit mit Behörden und öffentlichen Akteuren aufgrund von strengen Haushaltsplänen und anderen politischen Leitbildern als Herausforderung darstellt. Grundsätzlich gäbe es aber Sympathisanten in der Politik und bei Lokalverbänden. Für die Zukunft wünscht sich Recht-auf-Stadt-Ruhr einen intensiveren Informationsaustausch und geeignete, transparente Beteiligungsprozesse, die man gemeinsam entwickeln könnte.

Für Nils Boeing ist aber auch klar, dass Recht-auf-Stadt Hamburg außerparlamentarisch bleiben soll und es „tatsächlich mehr darum [geht], inwiefern man überhaupt auf einer informellen Ebene mit Parteien und Politik redet.“

Massenproduktionen anziehen wird. Die ‚Shrinking Coalition‘ ist – zumindest von der Tendenz her – eine Koalition von Netzwerken, nicht von Akteuren. Der Unterschied ist wichtig, denn eine Koalition von Akteuren muss sich auf die Mächtigsten konzentrieren, um selbst mächtig zu sein. Koalitionen von Akteuren tendiert insofern zu Großmannspolitik, also zu Politik für die Großen. Big Player machen Big Business, im Extremfall verwandeln sie Stadtpolitik in eine parlamentarisch legitimierte Oligarchie. Im Gegensatz dazu ist die ‚Shrinking Coalition‘ in gewisser Weise ein ‚Open Shrinking Network‘, als sie sich für polit-ökonomische Vernetzung einsetzt. Sie will neue Künstler-, Reparatur- und Tauschnetzwerke, nicht nur einen Zusammenschluss der bestehenden. Sie will die Bedingungen für Urban Gardening-Initiativen und all jene verbessern, die lokalpolitische Ansprüche mit (nicht primär Profitorientierten) wirtschaftlichen Aktivitäten verbinden. Ein Netzwerk ist umso mächtiger, je mehr es vernetzt. Die Reduktion auf einen übersichtlichen Kreis einzelner Honoratioren widerspricht seiner Logik.“ (Auszug aus dem Online-Artikel: „Build the shrinking coalition! – Ein Kommentar zu „Realize Ruhrgebiet“, von Andres Friedrichsmeier, unter: <http://www.rechtaufstadt-ruhr.de/build-the-shrinking-coalition/> - abgerufen am 02.01.2015)

Zum Thema Beteiligung und dem Austausch von verschiedenen Ansätzen über Beteiligungsformate äußert sich Jörn Walter:

„Also ich bin immer für alles offen. Meine Erfahrung ist, man muss immer so ein bisschen bezogen auf den Einzelfall das richtige Verfahren finden. Ich bin immer sehr vorsichtig mit solchen Verallgemeinerungen und ich bin auch sehr vorsichtig mit Institutionalisierungen.“

Mit dieser Aussage antwortet Walter auf die Frage, ob man durch einen Austausch mit Initiativen über neue Methoden innerhalb der Beteiligungskultur neue Formate entwickeln könnte. Gleichzeitig verweist er auf die Stadtwerkstatt als ein neu entwickeltes Format. Auf die Konfrontation mit dem Unmut vieler Initiativen über die gegenwärtige Beteiligungskultur antwortet er unter anderem:

„Man muss ganz nüchtern sehen, auch die ganzen Bewegungen, die sich jetzt in dieser Initiative Recht-auf-Stadt und anderen zusammengezogen haben, ist eine Interessengruppe in der Stadt, aber nicht die einzige. Und die Grundmechanismen, wie unsere Wirtschaft funktioniert, setzen wir damit nicht außer Kraft. Da müssen wir das, glaube ich, ganz nüchtern betrachten. Das hat ein bisschen damit zu tun, wie man jetzt mit einer Erwartung hineingeht in ein Beteiligungsverfahren: Wir können alles und jedes und so weiter durchsetzen und das flächendeckend in der ganzen Stadt. Dann wird das nicht aufgehen, weil sie nicht die Grundmechanismen unserer Wirtschaft außer Kraft setzen. Sie setzen nicht außer Kraft, dass wir ein bestimmtes Steuervolumen haben und dass es für die Politik immer begrenzt bleibt, was sie letztlich auch in der Runtersubventionierung, zum Beispiel von Mietpreisen, so tun kann. Das, was wir im Gängeviertel machen, können wir nicht flächendeckend in der Stadt machen, um es ganz einfach zu sagen. Das kann man mal in einer Teilfläche machen, mit einem sehr hohen öffentlichen Steueraufwand, aber das können wir nicht flächendeckend machen.“

Insgesamt gäbe es laut Walter also Bemühungen Beteiligungsverfahren weiterzuentwickeln und generell bei der Gestaltung offen zu bleiben. Er verweist aber ganz deutlich darauf, dass es sich bei dem Bündnis Recht-auf-Stadt um ein Interessenbündnis handelt, welches nicht umfassend repräsentativ alle Forderungen von den Bürgern einer Stadt vertritt, sondern nur einen Teil. Zudem müssten zahlreiche Interessen und Forderungen von unterschiedlichen Akteuren in einen Ausgleich gebracht werden, darunter auch die von privaten Investoren.

„Denjenigen, die sich beteiligen, kann ich immer nur sagen: Man kommt nicht umhin sich auch mit den gesellschaftlichen Interessensträgern, die auf der anderen Seite sind, direkt auseinanderzusetzen.“

2.6.5 Repräsentation

Unter dem Aspekt der Repräsentation sollte mit Hilfe der Interviewaussagen auch herausgefunden werden, ob und wie Bürger aus prekären Verhältnissen mobilisiert werden können und wie deren Interessen von Recht-auf-Stadt repräsentiert werden.

David Templin schreibt im Jahr 2011 noch: „Wenig erfolgreich war das >>Recht auf Stadt<<-Netzwerk bisher in den Bemühungen, Menschen anderer sozialer Klassen und Milieus einzubeziehen und so die Bewegung auf breitere Beine zu stellen.“¹²⁸ Diese Feststellung wurde mit der Gründung der Recht-auf-Stadt-Initiative „Lampedusa in Hamburg“ im Jahr 2013 zumindest relativiert. Die Initiative wurde gegründet, um sich für Flüchtlinge in Sachen Arbeits- und Bleiberecht einzusetzen. Sie besteht dabei überwiegend aus Flüchtlingen aus Libyen und Nordafrika. Bis heute ist nicht ganz geklärt, wie der Senat mit den Flüchtlingen umgehen will. Versuche der Abschiebung sind aber bisher an den Protesten der Initiativen und anderer öffentlicher Akteure gescheitert. Grundsätzlich hält Templin aber in einem Interview an seiner Aussage fest:

„Auch wenn man die Grenzen dieser Bewegung im Blick haben muss, wenn man das mit Right-to-the-City in New York vergleicht, wo Obdachlosengruppen involviert sind, dann hat man das in Hamburg nie geschafft. Es ist schon immer so eine Bewegung geblieben, bis auf einzelne Fälle, in Wilhelmsburg gab es einen erfolgreichen Versuch auch Mieterinnen und Mieter dieser Gagfah¹²⁹-Siedlung zu mobilisieren. Es gibt da so ein ganz cooles Video¹³⁰, wo der Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg Infostände zu der Situation der Gagfah-Wohnungen errichtet haben. Es ging um die schlechten Zustände der Gagfah-Wohnungen. Der Infostand wurde überrannt von den Leuten und dann haben die sich gedacht: Ok, wir organisieren so ein Reisebus und fahren mit den Leuten zur Gagfah-Zentrale. [...] Aber generell würde ich schon sagen, es ist halt schon ein Protest dieser akademisch gebildeten, deutschen Mittelschicht, wenn man es so sagen kann.“

Recht-auf-Stadt-Ruhr verweist auch auf Schwierigkeiten Menschen mit Migrationshintergrund und aus prekären Verhältnissen zu mobilisieren:

¹²⁸ Füllner J., Templin D. (2011), S. 103

¹²⁹ Die Gagfah ist eine Aktien-Gesellschaft für Immobilien und gehört zu den größten börsennotierten Wohnungsgesellschaften in Deutschland

¹³⁰ Die Videos zeigen die Protestfahrt, die Übergabe von formulierten Forderungen an die Gagfah und eine kurze Stellungnahme eines Gagfah-Sprechers, unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=a3WpkB2A6pA&feature=related> und <https://www.youtube.com/watch?v=Qh5JZ4D8u2M> – abgerufen am 02.01.2015

„Sicherlich repräsentiert bereits die Gruppe der Aktiven einen Schnitt durch die Gesellschaft, indem wir aus den unterschiedlichsten Regionen und Professionen kommen. Die Quote der AusländerInnen, Wohnungslosen oder etwa Alleinerziehenden, die sich engagieren, ist in der Regel generell niedrig. Wir merken selbst, dass Menschen mit Migrationshintergrund oftmals existentiellere Strukturprobleme zu lösen haben, als andere. Um die aus unseren Augen wichtige Recht-auf-Stadt-Arbeit fortführen zu können, benötigt es jedoch gesetzliche Strukturen, die das Ehrenamt für viel mehr Menschen zugänglich machen: Wir zeigen uns daher solidarisch mit den Forderungen nach einer finanziellen Unabhängigkeit für die oder den Einzelnen und greifen das Thema in unseren Schriften auf. Wenn diejenigen, die strukturell benachteiligt sind, sich auch nicht an unseren Treffen beteiligen können, spielen multikulturelle MultiplikatorInnen eine große Rolle bei der Veröffentlichung unserer Ideen. Wir versichern: Die Türen stehen immer und für alle Interessierten offen, insbesondere in einer derart multikulturelle Region wie dem Ruhrgebiet.“

Zwar stellt sich die Mobilisierung prekärer sozialer Gruppierungen noch als große Herausforderung dar, jedoch bilden vereinzelte Aktionen wie beispielsweise die Gagfah-Prottestfahrt und die Unterstützung der Initiative „Lampedusa in Deutschland“ erste Ansätze für weitere Vorhaben. Inwieweit benachteiligte Gruppen im Aktionsalltag und bei Planungsprozessen involviert worden waren oder gegenwärtig sind, kann in dieser Arbeit auf Basis der geführten Interviews nicht vertiefend erläutert werden.

3. Reflexion, Ausblick und Fazit

Diese Arbeit hat sich schwerpunktmäßig mit dem Bündnis Recht-auf-Stadt in Hamburg beschäftigt. Dabei sollten im Rahmen der angewandten Methodik vor allem Erkenntnisse über die Methodik, den Aktionsalltag, erzielte Erfolge, den möglichen Aufbau eines nationalen Recht-auf-Stadt-Netzwerks und mögliche Kooperationen mit Behörden gewonnen werden. Aktuelle Details und Informationen, die nicht durch Literatur oder die Online-Auftritte der Bündnisse und der einzelnen Initiativen ersichtlich wurden, sollten durch leitfragebasierte Interviews zusätzlich Aufschluss über das Wirken der Bündnisse geben.

Am Anfang dieser Arbeit schien es sehr schwer geeignete Interviewpartner zu finden, die gegenwärtig aktiv sind und einen Überblick über die genaue Gründungsgeschichte, die Hintergründe und Motive haben und gleichzeitig möglichst distanziert über Leitbilder und Entwicklung von bestimmten Methoden berichten können. Unterschiedliche Initiativen aus dem Hamburger Bündnis wurden angeschrieben, zusätzlich auch zugehörige Institutionen, wie das Centro Sociale. Jedoch war der Rücklauf zunächst sehr enttäuschend. Ursächlich

dafür könnten viele vorübergehend inaktive Mitglieder sein und wie später in Erfahrung gebracht werden konnte, die zahlreichen Interviewanfragen, die regelmäßig das Bündnis erreichen. Mit Nils Boeing und David Templin, der durch einen verfassten Aufsatz zum Bündnis Recht-auf-Stadt als potentieller Interviewpartner ausgemacht werden konnte, standen der Arbeit zwei persönliche Kontakte zur Verfügung. Gleichzeitig konnte ein Interview via E-Mail mit dem Bündnis Recht-auf-Stadt-Ruhr arrangiert werden. Durch eine persönliche Verbindung mit dem Bezirksamt Altona konnten zwei Kontakte der BSU ermittelt werden, darunter der Oberbaudirektor Jörn Walter. Mit den insgesamt fünf unterschiedlichen Kontakten standen der Arbeit Interviewpartner zur Verfügung, die eine gewisse Einseitigkeit der Forschungsergebnisse verhindern sollten.

Seit gut vier Jahren existiert das Bündnis Recht-auf-Stadt in Hamburg, wobei erste Motive, Ambitionen und die Methodik der „Wunschproduktion“ bereits bis in die 90er Jahre zurückreichen. Anhand der Fallbeispiele wird deutlich inwieweit Initiativen versuchen mit Hilfe der Wunschproduktion alternative Planungsprozesse einzuführen und das soziale Umfeld der Planungsareale und weitere Bürger für Ideenfindungen zu mobilisieren. Bei Park Fiction haben bestimmte politische Umstände und die Ausdauer der beteiligten Akteure ein alternatives Planungsergebnis in Form eines Parks in unmittelbarer Hafennähe herbeigeführt. Ähnlich durchsetzungsstark zeigte sich das Netzwerk bei der Besetzung und Umnutzung der Altbauten im Gängeviertel. Aus der Sicht der Recht-auf-Stadt-Akteure war das Planungsergebnis rund um das Areal der Rindermarkthalle weniger zufriedenstellend, wobei ohne ihre Interventionen und ihr Engagement weitaus weniger stadtteilnahe Nutzungen untergebracht worden wären.

Darüber hinaus wurden seit der Gründung im Jahre 2009 diverse Proteste, Demonstrationen und alternative Planungen durchgeführt. Teilweise mit Erfolg, teilweise mussten die Initiativen auch Niederlagen einstecken. Man denke dabei beispielsweise an die Initiativen, die sich gegen einen Ikea-Neubau in Altona ausgesprochen haben oder auch an die Initiative der Esso-Häuser, die zunächst ihr primäres Ziel – den Abriss der Esso-Häuser – nicht erreichen konnte. Spannend bleibt hierbei, wie sich die PlanBude bewährt und welche Beteiligungsergebnisse verbindlich in die Neubauplanungen mit aufgenommen werden.

Der Maßstab, mit dem man Erfolge oder Teilerfolge des Bündnisses beurteilen kann, stellt sich für jedes einzelne Projekt neu. Fakt ist, dass unter anderem durch die Bemühungen des Bündnisses viele Problemlagen deutlich wurden und im politischen Diskurs angekommen sind. Das Bündnis und seine Initiativen werden mittlerweile im stadtplanerischen und politischen Diskurs als Akteure wahrgenommen und bei größeren Projekten ist mit ihrer Beteiligung zu rechnen.

Fraglich bleibt, inwiefern Kooperationen mit Behörden in Bezug auf Beteiligungsformate und Methoden in Zukunft realisiert werden können und inwieweit es zu einem Informationsaustausch kommt. Mit Eingriffen in Planungen und dem Aufbau eigener Beteiligungs- und Planungsprozesse ist es dem Bündnis gelungen vorhabenbezogene Stadtentwicklung zu beeinflussen, sofern ein öffentlicher Diskurs von öffentlichen Stellen und privaten Investoren zugelassen wird und sich das Bündnis auf Unterstützung aus der Bevölkerung und den Stadtquartieren verlassen kann. Das Bündnis in Hamburg stellt für andere Recht-auf-Stadt-Bündnisse aufgrund der zahlreich durchgeführten Aktionen und dem Verbund von über 65 unterschiedlichen Initiativen eine Vorbildfunktion dar.

In den Fokus weiterer Untersuchungen könnte das nationale Recht-auf-Stadt-Netzwerk rücken, welches sich gegenwärtig in der Aufbauphase befindet. Zusätzlich wird die Entwicklung des Bündnisses Recht-auf-Stadt-Ruhr, als Aktionsbündnis für eine Region über Stadtgrenzen hinaus, interessant bleiben. Letztlich stellen sich grundsätzlich Fragen, ob die Bündnisse in den unterschiedlichen Städten bestehen bleiben, sich neue Organisationsstrukturen herausbilden und sich ihr Einfluss in Zukunft vergrößern kann.

In den kommenden Jahren werden sich florierende sowie schrumpfende Städte und Regionen diversen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen stellen müssen. Wenn sich beispielsweise gegenwärtige Preissteigerungen auf vielen Wohnungsmärkten fortsetzen, weiterhin innenstadtnahe bezahlbare Gewerbeflächen wegfallen, Fragen der Flüchtlingsunterbringung ungeklärt bleiben und bereits sozial segregierte Gruppen in noch weiter entfernte Peripherien gedrängt werden, wird es auch weiterhin Proteste geben. Diese könnten sich in Zukunft noch verschärfen, wenn die Steuerung von städtischen Gewerbe- und Wohnungsangeboten überwiegend in die Privatwirtschaft verlagert oder ausgelagert wird. Hier sollte Politik und Verwaltung zunehmend, vor allem bei sozialen Fragen innerhalb der Stadtentwicklung und des Städtebaus, regulierend agieren und sich gleichzeitig vermehrt einem offenen, transparenten Dialog auf Augenhöhe mit Bürgern, Initiativen und der Wissenschaft widmen.

Literaturverzeichnis

Literatur:

- BERTUZZO, E.T./GANTNER, E.B./NIEWÖHNER, J./OEVERMANN, H. (Hrsg.) (2013): Kontrolle öffentlicher Räume, Berlin
- FÜLLNER J./TEMPLIN D. (2011): Stadtplanung von unten – Die >>Recht auf Stadt<< Bewegung in Hamburg, S. 79-104, in HOLM, ANDREJ/ GEBHARDT, DIRK(Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignung, Hamburg
- HOLM, A./LEBUHN, H. (2014): Die Stadt politisieren - Fragmentierung, Kohärenz und soziale Bewegungen in der >>Sozialen Stadt<<, aus: KRONAUER, M./SIEBEL, W. (Hg.) (2014): Polarisierende Städte – Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik, Frankfurt
- HOLM, ANDREJ/ GEBHARDT, DIRK(Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignung, Hamburg
- KASCHUBA, WOLFGANG (2013): Vom Tahrir-Platz in Kairo zum Hermannplatz in Berlin, Urbane Räume als >>claims<< und >>commons<<? Raumanthropologische Betrachtungen, S.20-57, in BERTUZZO, E.T./ GANTNER, E.B./ NIEWÖHNER, J./ OEVERMANN, H. (Hrsg.) (2013): Kontrolle öffentlicher Räume, Berlin
- KRONAUER, M./SIEBEL, W. (Hg.) (2014): Polarisierende Städte – Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik, Frankfurt
- LEFEBVRE, HENRI (1970): Die Revolution der Städte – La Révolution urbaine, Frankfurt
- MAYER, MARGIT (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive, S. 53-77, in HOLM, ANDREJ/ GEBHARDT, DIRK(Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignung, Hamburg

- MAYER, MARGIT (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt, 2013, S. 157, sub\urban 2013, Heft 1
- MAYER, MARGIT (2013): Was können urbane Bewegungen, was kann die Bewegungsforschung bewirken? Replik zu Kommentaren. Debatte 2013, Heft 1, 193-204
- MAYER, MARGIT (2014): Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen
- RAUTERBERG, HANNO (2013): Wir sind die Stadt! – Urbanes Leben in der Digitalmoderne, Berlin
- RONNEBERGER, KLAUS (2014): Vorwort zur Neuauflage - Die Revolution der Städte wieder lesen, in: Lefebvre, Henri (1970): Die Revolution der Städte – La Révolution urbaine (1972), Frankfurt
- SCHMID, CHRISTIAN (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt, in HOLM, ANDREJ/ GEBHARDT, DIRK(Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignung, Hamburg
- SCHÄFER, CHRISTOPH (2010): Die Stadt ist unsere Fabrik, Leipzig

Online-Quellen:

(Chronologische Reihenfolge nach Seitenzahl)

- Manifest „Not in our name – Marke Hamburg“, unter : <http://nionhh.wordpress.com/about/>
- Gabler Wirtschaftslexikon, unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/fordismus.html>
- Brenner et al. 2010, S. 329 f., zitiert nach Mullis, Daniel: Die Stadt im Neoliberalismus unter: <http://static.twoday.net/rageo/files/Die-Stadt-im-Neoliberalismus.pdf>
- Initiative „Mediaspree versenken!“, unter: <http://www.ms-versenken.org/>
- Habitat International Coalition (HIC), unter: <http://www.hic-net.org/>

- In Städten lebende Bevölkerung, Statistik, unter:
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/199605/umfrage/anteil-der-in-grossstaedten-lebenden-bevoelkerung-weltweit/>
- Fab Lab St. Pauli, unter:
<http://www.fablab-hamburg.org/>
- Interview Nils Boeing in der TAZ, unter:
<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ha&dig=2014%2F08%2F13%2Fa0151&cHash=8f5b3c53c1439d889f4f06e0ef2ee9ff>
- Heilbronn, Peter (2004): Darstellung zu Lefèbvre 'Die Zukunft des Kapitalismus' (1974), unter:
<http://www.mxks.de/files/phil/peter2Lefebvre.ZukunftDesKap.html#Lef%C3%A8bvre>
- Manifest „Von Detroit Lernen! – Recht auf Stadt im Ruhrgebiet, unter:
<http://www.rechtaufstadt-ruhr.de/2014/08/25/von-detroit-lernen-manifest-fuer-ein-recht-auf-stadt-im-ruhrgebiet/>
- Nils Boeing, Recht auf Stadt – mehr als eine griffige Parole, aus: Transmitter 6/2011, unter:
http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Recht_auf_Stadt_-_mehr_als_eine_griffige_Parole%3F
- Schäfer, Christoph: Die Stadt ist ungeschrieben, 2004, unter:
<http://park-fiction.net/die-stadt-ist-ungeschrieben/>
- Wunschproduktion Rindermarkthalle, „Eine Halle für alle!“, unter:
<http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/>
- Eine Halle mit Geschichte und Zukunft , unter:
<http://www.rindermarkthalle-stpauli.de/geschichte/>
- Plattform „Unser! Areal“ , Wir planen alle!“, unter:
<http://unser-areal.rindermarkthalle.de/>
- „Rindermarkthalle – aktuelle Termine der Vergabekommission für die soziokulturell zu nutzenden Flächen“, Downloads der Dokumente zu den einzelnen Verfahrensschritten unter:
<http://www.hamburg.de/stadtplanung-mitte/2523218/rindermarkthalle/>
- Infos zur Keimzelle, unter:
<http://keimzelle.rindermarkthalle.de/>
- Einladung zur Auftaktveranstaltung (24.09.2012) - "Zwischennutzung Rindermarkthalle - stadtteilbezogene Nutzungen", unter:
<http://www.hamburg.de/contentblob/3596208/data/rmh-einladung-auftakt.pdf>

- „Fünf Würfel sind gefallen: Für eine neue Stadtplanungskultur an der Alten Rindermarkthalle!“, unter:
<http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/fuenf-wuerfel-sind-gefallen/>
- Auszug aus dem Aufruf zur Pressekonferenz, unter:
http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/pressemitteilung-finanzbehorde-erwagt-raumung-der-planungswurfel-auf-dem-areal-anwohner_innen-informieren-politiker_innen/
- Pressemitteilung Bezirksamt Hamburg-Mitte, unter:
<http://www.hamburg.de/contentblob/4042114/data/pressemeldung-bam130606.pdf>
- „Letzte Worte zur Rinder-Mall St. Pauli“ (16.09.2014), unter:
<http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/letzte-worte-zur-rinder-mall-st-pauli/>
- Planbude: „Wir nennen es Planbude“, unter:
<http://planbude.de/planbude-konzept/>
- Kongress in Heidelberg, mehr Informationen unter:
<http://rechtaufstadt2014.wordpress.com/kongress/>
- Ein Videoausschnitt aus der Berichterstattung der Tagesschau (10.11.2012) unter:
<https://www.youtube.com/watch?v=imohQeGOO10>
- Right-to-the-city-alliance, New York, unter:
<http://righttothecity.org/>
- Initiative „Eden für Jeden“, unter:
<http://www.eden-fuer-jeden.de/>
- Erstausgabe des „Nordnetz“ abrufbar unter:
<http://www.nordnetz-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/05/NordnetzZeitungAusgabe1Web.pdf>
- Auszug aus dem Online-Artikel: „Build the shrinking coalition! – Ein Kommentar zu „Realize Ruhrgebiet“, von Andres Friedrichsmeier, unter:
<http://www.rechtaufstadt-ruhr.de/build-the-shrinking-coalition/>
- Die Videos zeigen die Protestfahrt, die Übergabe von formulierten Forderungen an die Gagfah und eine kurze Stellungnahme eines Gagfah-Sprechers, unter:
<https://www.youtube.com/watch?v=a3WpkB2A6pA&feature=related>
<https://www.youtube.com/watch?v=Qh5JZ4D8u2M>

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Verräumlichte Konflikte (2011) – Christoph Schäfer, unter:
<http://zomia.blogspot.eu/files/2011/02/RaS-Konflikte.jpg>
- Abbildung 2: Die Stadt ist unsere Fabrik (2010) – Christoph Schäfer, unter:
<http://saloon-la-realidad.com/christophschaeferprojekte/thecityisourfactory/diestadtistunserefabrik.jpg>
- Abbildung 3: Ausstellung auf der Documenta 11 (2007), unter:
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/parkfiction/images/2007/02/379.jpg>
- Abbildung 4: Park Fiction, Palmeninsel und Fliegender Teppich, unter:
[http://www.hamburg.de/contentblob/4259354/data/park-fiction-3\).jpg](http://www.hamburg.de/contentblob/4259354/data/park-fiction-3).jpg)
- Abbildung 5: Park Fiction (2013), unter:
<http://park-fiction.net/wp-content/uploads/2013/07/wellental.jpg>
- Abbildung 6: Planungswürfel Rindermarkthalle, unter:
http://www.elbe-wochenblatt.de/resources/mediadb/2011/11/16/4458_web.jpg?1321464752
- Abbildung 7: Einladung zur Diskussion über Flächennutzung im Rahmen der Wunschproduktion (2012), unter:
http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/wp-content/uploads/2012/08/online-flyer_18-08-2012_offener_wuerfel.png

Erklärung

Name, Vorname: **Polzin, Nils**

Matrikel-Nr.: **6002467**

Studiengang: **Bachelor Stadtplanung**

Ich versichere, dass ich diese Bachelor-Thesis/Master-Thesis (bei einer Gruppenarbeit die entsprechenden Teile der Arbeit) ohne fremde Hilfe selbständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind unter Angabe der Quellen kenntlich gemacht.

12.01.2015
.....
Hamburg,


.....
(Unterschrift)